P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 145 8. Ausgabe 1973 EINZELPREIS S 5.-

Am Beispiel der Böhler-Arbeiter

Obwohl er nur knapp 1.300 Arbeiter erfaßte, war der 17-tägige Streik der Arbeiter von Böhler-Ybbstal einer der größten und dramatischesten Klassenkämpfe der österreichischen Arbeiterschaft seit vielen Jahren. Wie sich die Welt in einem Wassertropfen spiegeln kann, so widerspiegelt sich in den Begleitumständen des mutigen Kampfes einer relativ kleinen Gruppe von Arbeitern das gesamte innenpolitische Panorama unseres Landes, werfen sie grelle Lichter auf die in Österreich herrschenden Bedingungen und Verhältnisse und bilden sie deshalb eine Fundgrube von Erfahrungen und Lehren für die gesamte österreichische Arbeiterklasse.

Die drei Böhlerbetriebe im Ybbstal mit ihren zur Zeit des Streiks 1264 Beschäftigten sind Teile des verstaatlichten Konzerns Böhler-Kapfenberg (mit insgesamt 16.500 Beschäftigten), der wieder dem verstaatlichten Großkonzern VÖEST-Alpine mit über 76.000 Beschäftigten angegliedert ist und dort den drittgrößten Komplex darstellt. Es ist typisch, daß in Österreich zwar viel von der notwendigen Vereinheitlichung der verstaatlichten Industrie geredet und geschrieben wird und bei den Gehältern der Manager diese "Vereinheitlichung" auf höchstem Niveau sehr rasch erfolgt ist, aber nach wie vor krasse Unterschiede im Lohnniveau der einzelnen Konzernbetriebe bestehen und die Direktionen alles tun, die faktische Diskriminierung der Arbeiter der kleineren und abseits liegenden Konzernbetriebe aufrechtzuerhalten und zu verewigen. Offenbar rechnet man dabei damit, daß die Arbeiter dieser Betriebe weniger Kampfkraft haben, sie ihren Arbeitsplatz nicht so leicht wechseln können wie in den großen industriellen Zentren und daß in den weniger industrialisierten Gebieten auch eine Reihe von anderen Faktoren wirksam sind, die niedrigere Löhne erlauben, wie etwa die Existenz eines Halbproletariats (Frau und Kinder führen eine kleine Landwirtschaft, während der Mann in die Fabrik geht und nur in seiner Freizeit daheim mitarbeitet), stärkere Abhängigkeit durch "Häusel-bauen" usw. In der verstaatlichten Industrie kommt noch dazu, daß die Stellung und Macht der Direktion gegenüber den Arbeitern wesentlich stärker ist als in der mittleren und kleinen privatkapitalistischen Industrie.

Das Ergebnis des Zusammenwirkens aller dieser Faktoren war im Fall von Böhler-Ybbstal ein Durchschnitts-Stundenlohn von brutto 28,80 Schilling für die gleiche Arbeit, für welche in Kapfenberg 31 bis 32 Schilling bezahlt werden und für die manche privatkapitalistische Betriebe 32 bis 35 Schilling bezahlen.



Um zumindest das Lohn-Niveau ihrer Arbeitskollegen in Kapfenberg zu erreichen, forderten die Böhler-Ybbstal-Arbeiter daher schon seit langem eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von generell S 2,50. Am 21. März 1973 begannen die Betriebsratsobmänner der drei Ybbstal-Werke (Franz Lettner im Böhlerwerk, Ernst Reitmann im Gerstlwerk und Engelbert Streicher im Werk Bruckbach) mit der Direktion entsprechende Verhandlungen.

Es verging ein Vierteljahr, ohne daß die Betriebs-

ratsobmänner bereit waren, den Arbeitern über den Verlauf dieser Verhandlungen zu berichten. Sarkastisch nannten die Arbeiter das besondere monatliche Pauschale für nicht nachzuweisende "Überstunden", welches die Direktion den Betriebsratsobmännern als Sonderzuwendung ausbezahlt, ein "Schweigegeld". Doch schließlich riß den Arbeitern des Gerstlwerks die Geduld. Ultimativ forderten sie einen Bericht über den Stand der Verhandlungen, und als sie diesen nicht erhielten, legten am 25. Juni rund 400 Arbeiter des Gerstl-Werks spontan die Arbeit nieder. Im Messerwerk schlossen sich dem Streik weitere 200 Arbeiter an. Als nun der Betriebsratsobmann Reitmann eingestand, daß bloß über Lohnerhöhungen von S 1,24 bis S 1,70 verhandelt werde, erfaßte die Empörung alle drei Betriebe. Am 26. Juni fanden im Böhlerwerk und im Gerstlwerk Betriebsvollversammlungen statt, die in Urabstimmungen gipfelten, bei denen mit über 80 Prozent der Stimmen im Böhlerwerk und mit 95 Prozent der Stimmen im Gerstlwerk beschlossen wurde, ab sofort in den unbefristeten Streik für ungeschmälerte generelle Stundenlohnerhöhungen von S 2,50 zu treten. Am folgenden Tag schloß sich auch das Werk Bruckbach mit über 200 Arbeitern dem Streik an, sodaß in allen drei Böhler-Ybbstal-Betrieben mit fast 1.300 Beschäftigten die Maschinen stillstanden.

Da sich die Arbeiter an die Erfahrungen ihres Lohnkampfes vom Sommer 1970 erinnerten, als sie einfach den Betriebsrat als "Streikleitung" akzeptierten und prompt verschaukelt wurden, und da offenbar war, daß die Betriebsratsobmänner - die alle drei der SPÖ angehören - trotz einem strikten Auftrag, S 2,50 zu fordern (etwa 8 Prozent), mit einer Forderung von bloß 4 Prozent in die jüngsten Lohnverhandlungen mit der Direktion gegangen waren, bestanden die Arbeiter in allen drei Betrieben darauf, besondere Streikkomitees zu wählen, in die keine Betriebsräte aufgenommen wurden, sondern in denen vor allem jüngere, ernstlich zum Kampf entschlossene Arbeiter den Ton angaben. Dieser Beschluß war für den Verlauf des Kampfes von außerordentlicher Bedeutung und eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß ihm nicht gleich von Anfang an die Spitze abgebrochen wurde.

Typisch war das Verhalten der SP-und Gewerkschaftsführung zu dem im Ybbstal entbrannten Kampf. Die Gewerkschaftsführung hatte schon vor der ersten Urabstimmung durch die Betriebsratsobmänner mitteilen lassen, daß sie den Streik nicht zu unterstützen bereit sei und ihn als illegal betrachten werde. Die führenden Mitglieder der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, wie die Herren Wille, Sagmeister, Sekanina usw. waren für die Vertreter der Böhler-Arbeiter überhaupt nicht erreichbar, da sie sich angeblich bei einer "Klausurtagung" befanden und "nicht abkömmlich" seien. Das Zentralorgan der SPÖ, die "Arbeiter-Zeitung", verschwieg ihren Lesern den Streik im Ybbstal eine ganze Woche lang und als sie sich dann unter dem Druck zahlreicher Proteste zu einer ersten Meldung entschloß, griff sie zu Lügen und Verdrehungen - ganz wie der ÖGB-Präsident Benya, der behauptete, die Ybbstal-Arbeiter hätten die Gewerkschaft "übergangen" und vor vollendete Tatsachen gestellt:

> "Die Gewerkschaft kann nicht Feuerwehr spielen, wenn sie nicht vorher eingeschaltet wird, sondern erst, nachdem die Arbeit schon niedergelegt ist."

Dieser skandalösen Auffassung der Gewerkschaft nicht als einer Interessenvertretung der Arbeiter, sondern als "Feuerwehr" zur Verhinderung von Streiks, fügte Benya noch den Versuch hinzu, die Ybbstal-Arbeiter als maßlos hinzustellen und die Betriebsräte gegen sie auszuspielen, indem er behauptete, diese seien "überzeugt, daß mit den 4 von den geforderten 8 Prozent das Bestmögliche erreicht" sei. Tatsächlich aber hatten unter dem Druck der Meinung in den Betrieben indessen sogar die SP-Betriebsratsobmänner ihre Unterstützung des Streiks und seiner Forderung nach S 2,50 (8 Prozent) erklären müssen.

Womöglich noch unverfrorener als Benya drückte der Sekretär der Metall- und Bergarbeiter-Gewerkschaft Sagmeister die Weigerung der Gewerkschaftsführung aus, die kämpfenden Böhler-Arbeiter zu unterstützen:

> "Wenn die Arbeiter in den Betrieben abstellen, ist das ihr Problem!"

Am 3. Juli fanden in allen drei Werken neuerliche Betriebsvollversammlungen statt, in denen die Arbeiter einhellig ihren Willen bekundeten, den Streik bis zu seinem vollen Erfolg weiterzuführen. Dieser Beschluß kam zustande, obwohl nun schon ganz klar war, daß sich die ÖGB-Führer strikte weigerten, den Streik anzuerkennen und Mittel aus den gewerkschaftlichen Streikfonds für ihn bereitzustellen; er kam zustande trotz der öffentlichen Drohung der Unternehmensleitung, die streikenden Arbeiter von der Krankenversicherung abzumelden, also zu entlassen und auszusperren, und der weiteren Drohung, in "derart unsicheren Betrieben" in Hinkunft keine Investitionen mehr vorzunehmen.

Daß solche klassischen Drohungen scharfmacherischer kapitalistischer Unternehmer in Österreich erstmals wieder laut werden - und ausgerechnet von der Direktion eines verstaatlichten Betriebes erhoben werden, deren Chefs sehr häufig das SPÖ-Mitgliedsbuch in der Tasche haben - ist alarmierend. Es hätte nicht nur die Arbeiterschaft der ganzen verstaatlichten Industrie, sondern die gesamte österreichische Arbeiterklasse alarmieren und auf den Plan rufen müssen - doch bei den in Österreich vorläufig noch herrschenden Verhältnissen hat ja der größere Teil der österreichischen Arbeiter vom ganzen Streik im Ybbstal nichts erfahren, geschweige denn von seinen Begleitumständen, da er selbst von der Gewerkschaftspresse (von der bürgerlichen Presse, von Ra-

BEI DEN WIENER GEMEINDERATS- BZW. LANDTAGSWAHLEN UND DEN OBERÖSTERREICHISCHEN LANDTAGSWAHLEN, AM 21.OKTOBER 1973, EMPFEHLEN WIR ALLEN UNSEREN LESERN, ALLEN GEGNERN DES HERRSCHENDEN KAPITALISTISCHEN SYSTEMS, DIE BUCHSTABEN

MLPÖ

QUER ÜBER DEN STIMMZETTEL ZU SCHREIBEN !

dio, Fernsehen usw. garnicht zu reden) zuerst völlig totgeschwiegen und erst hinterher mit ein paar entstellten Mitteilungen und Kommentaren abgefertigt wurde. Für die Ybbstal-Arbeiter freilich war der Sinn der Drohungs- und Erpressungsversuche ganz klar. Treffend stellten sie in einem von den Obmännern der drei Streikkomitees (Franz Pabst, Anton Wagner und Manfred Kleinhagauer) unterzeichneten Flugblatt fest:

"Die Arbeiter sind nicht mehr bereit, sich von oben gängeln zu lassen... Die Entscheidung für jeden kann daher nur lauten - entweder zu Kreuz zu kriechen oder durch Kampf zum Sieg zu gelangen."

Zugleich wandten sich die Streikkomitees am 4. Juli mit einem Solidaritätsaufruf an alle österreichischen Arbeiter, in dem sie die Situation bei den Böhler-Ybbstal-Betrieben darstellten und die Sabotage des Kampfes durch die Gewerkschaftsführung, sowie die scharfmacherische Haltung der Firmenleitung anprangerten. Obwohl man natürlich in Rechnung stellen muß, daß dieser Solidaritätsaufruf nur einen relativ kleinen Teil der österreichischen Arbeiterschaft tatsächlich erreichte und in den meisten angeschriebenen Betrieben in den Direktions- und Betriebsratszimmern abgefangen und "aus dem Verkehr gezogen" wurde, muß man offen aussprechen, daß sein Echo viel zu gering und der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache keinesfalls angemessen war, was sich vor allem darin ausdrückte, daß trotz einer garnicht so kleinen Zahl von Solidaritätserklärungen und -Telegrammen insgesamt nur knapp 50.000 Schilling Streikunterstützungsbeiträge gesammelt werden konnten. Welche Opferbereitschaft im einzelnen sich auch hinter diesem äußerst bescheidenen Betrag verbergen mag: insgesamt ist er beschämend gering!*

Eine solche Feststellung entlastet natürlich in keiner Weise die Gewerkschaftsführung, welche eine ausgesprochen streikbrecherische Sabotage des Kampfes der Böhler-Ybbstal-Arbeiter zu verantworten hat. Diese 100-prozentig gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hatten und haben ein unanfechtbares Recht auf volles Streikgeld und sie wissen auch, daß die gewerkschaftlichen Streikkassen randvoll sind (allein 1972 kassierte der ÖGB etwa 700 Millionen Schilling an Beiträgen, wozu noch andere Einnahmen kommen und trotz fürstlicher Gehälter für die Gewerkschaftsspitzen und reichlicher Auffüllung diverser Fonds gab er im letzten Rechnungsjahr einen "Gebarungsüberschuß" von 75 Millionen S bekannt).

Die Haltung der SP- und Gewerkschaftsführer ist umso schändlicher, als die Verweigerung der Streik-Unterstützung durch sie von Anfang an der hauptsächliche Trumpf und die entscheidende Hoffnung der Unternehmensleitung war, mit einem sturen "Nein!" und provokatorischen Drohungen durchzukommen. In den "NÖ-Nachrichten" vom 4. Juli spricht das ein bürgerlicher Tintenkuli mit unverhohlener Freude aus:

"'Wilde Streiks' können ins Auge gehen. Vor allem für Arbeitnehmer. Das bekommt ein Teil der 1200 Böhler-Metallarbeiter zu spüren.... Zu viele Familienväter haben sich bei der Haushaltsgründung, beim Bau eines Häuschens oder beim Kauf eines Autos finanziell so verausgabt, daß sie auf jeden Wochenlohn angewiesen sind... Das macht die Verantwortlichen des Böhlervorstandes stark."

Erst am 5. Juli, am 9. Tag des Kampfes, war ein gewerkschaftlicher Spitzenfunktionär, der Zentralsekre-

---

* Welch gefährliches "Vacuum" hier offenbar wurde, geht auch aus einem Vergleich mit anderen Solidaritätsaktionen hervor. Eine nicht geringe Zahl mehr oder weniger linker Gruppen und sich als Kämpfer gegen das "Establishment" betrachtender Organisationen waren durchaus imstande, sich mit einem Mindestbeitrag von S 20.000 in das äußerst fragwürdige sogenannte "Nationalkomitee für Vietnam-Hilfe" einzukaufen. Was taten sie aber, um den kämpfenden Arbeitern von Waidhofen, nicht viel mehr als eine Autostunde von Wien, zu helfen? Einige studentische Gruppen suchen seit längerer Zeit krampfhaft nach Kontakten zur Arbeiterklasse - wie haben sie die vor ihrer Nase liegende glänzende Gelegenheit genützt?

Aber ganz abgesehen von der merkwürdigen Tatsache, daß in Österreich Solidaritätsgefühle umso mehr betont werden, je weiter ihr Objekt von uns entfernt ist und mit abnehmender Entfernung ebenfalls abnehmen - 50.000 Schilling zahlt doch bereits eine besser verdienende Arbeiterfamilie für einen kleinen Neuwagen oder ein gebrauchtes Mittelklasse-Auto. Es ist völlig klar, daß die österreichische Arbeiterklasse leicht imstande wäre, das hundert- oder tausendfache dieses Betrags aufzubringen, vorausgesetzt, daß es eine in den Massen verankerte organisierte Kraft gibt, die bereit und fähig ist, ihr die Notwendigkeit einer solchen Anstrengung bewußt zu machen. Hier liegt eine große Aufgabe vor uns, welche die MLPÖ bisher noch nicht erfüllen konnte, die sie im Laufe der Zeit aber immer besser und wirksamer wird erfüllen müssen. (Anmkg. der Red.)

tär der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, SP-Nationalrat Sepp Wille, bereit, ins Ybbstal zu fahren. Wozu? Um sich an Ort und Stelle über die schwere Lage der Arbeiter zu informieren? Um zu sehen, wie die Gewerkschaft nun endlich den in beispielhafter Geschlossenheit kämpfenden Arbeitern helfen könnte? Keineswegs. Der Zweck seiner Reise war laut SPÖ-Zentralorgan, "die Vertreter der Arbeiter zu bitten, die Arbeit wieder aufzunehmen", mit anderen Worten, er kam, nicht um den Arbeitern, sondern um der Unternehmensleitung zu helfen!

Zugleich mit dem Auftauchen Sepp Willes im Ybbstal erschien denn auch ein angeblich im Namen der drei SP-Betriebsratsobmänner sprechendes Flugblatt, das als ekelerregendes Dokument der Schande in Erinnerung bleiben wird. Der ganze Streikkampf, so heißt es darin, sei "ein politisch eingefädelter Streik", bei dem es garnicht um die geforderten S 2,50 Lohnerhöhung gehe; das gewählte Streikkomitee sei unfähig, etwas anderes als einen "Riesenwirbel" zu verursachen, es habe längst "die Kontrolle verloren" und habe "verantwortungslos die Belegschaft in einen aussichtslosen Arbeitskonflikt hineingehetzt". Dieses niederträchtige Streikbrecherflugblatt, das offensichtlich den Zweck hatte, das 14-köpfige, einhellig gewählte Streikkomitee abzuschießen, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen, sie ihrer Führung zu berauben, untereinander nach ihrer Parteizugehörigkeit aufzuspalten und zu verunsichern, ja sie allesamt als von dunklen Fäden gezogene Hampelmänner zu verleumden, löste bei den Arbeitern solche Empörung aus, daß sogar einer der angeblichen Verfasser erklärte, von einem solchen Text "nichts gewußt" zu haben.

Im Beisein Willes und des Böhler-Zentralbetriebsrats-Obmanns Gruber fand am 6. Juli die dritte Vollversammlung der streikenden Arbeiter statt. Wille und Gruber wiederholten beschwörend alle Unternehmerargumente und zogen alle Register der Demagogie, beginnend von dunklen Drohungen über die "unabsehbaren Folgen" des Streiks, der die Betriebe in einen "Trümmerhaufen" verwandle, bis zu der erpresserischen Bemerkung Willes, im Falle einer sofortigen Arbeitsaufnahme würde die Gewerkschaft möglicherweise ein Entgegenkommen zeigen und den Lohnausfall der Arbeiter sozusagen gnadenhalber im Nachhinein vergüten. Während der stürmischen Diskussion stellten zwei Arbeiter, einer davon bisher örtlicher SP-Funktionär, den Antrag, dem bisherigen Betriebsrat des Böhler- und des Gerstlwerks das Mißtrauen zu erklären, ihn der Funktion zu entheben und Neuwahlen vorzunehmen. Obwohl der Antrag großen Beifall fand, wurde versäumt, sogleich eine Abstimmung herbeizuführen.

Zum Streikkampf selbst beschloß die Vollversammlung eine neue Urabstimmung, die mit 475 gegen 372 Stimmen für die Weiterführung des Kampfes bis zur vollen Erfüllung der Arbeiterforderung von 2,50 Schilling entschied. Obwohl das eine Mehrheit von nur mehr 56 Prozent der Anwesenden zugunsten des Kampfes bedeutete - zieht man das Ergebnis für das Werk Bruckbach ab, dessen Arbeiter nur mehr zu 39 Prozent für das Weiterstreiken stimmten und welches das schwache Glied in der Streikfront war, ergeben sich für das Böhler- und das Gerstl-Werk immerhin noch mehr als 60 Prozent! - muß dieses Abstimmungsergebnis dennoch als klarer Ausdruck der hohen Kampf- und Opferbereitschaft der Arbeiter gewertet werden, die allen Drohungen und Verlockungen zum Trotz, ungeachtet der schon immer würgender werdenden Folgen des Lohnausfalls in den meisten Familien, in ihrer Mehrheit entschlossen waren, weiterzukämpfen und nicht zu kapitulieren.

Mit Beginn der dritten Streikwoche mehrten sich die Krisenzeichen in der bis dahin noch einheitlichen Kampfbewegung. Verhängnisvoll wirkte sich vor allem aus, daß das Werk Bruckbach seine Solidarität mit den beiden größeren Werken aufgab und zu arbeiten begann. Der Bruckbacher Betriebsratsobmann Streicher hatte tatsächlich alles getan, um den Streik zu brechen, wobei er auch das "Argument" verwendete, die Arbeiter des kleinen Bruckbach-Werkes hätten es nicht nötig, die Risken und Entbehrungen des Streiks mitzutragen, da im Falle eines Erfolges die Löhne der Bruckbach-Arbeiter sowieso "automatisch" mitziehen würden.

Die Streikkomitees des Böhler- und des Gerstl-Werkes unternahmen nun einen Versuch, durch Vorlage eines Kompromißvorschlages, der auf Annahme der von der Direktion zugestandenen 4 Prozent ab sofort und auf die Gewährung der darüber hinaus geforderten weiteren 4 Prozent erst mit Jahresende hinauslief, zumindest einen sichtbaren Teilerfolg zu erreichen. Doch die Direktion fühlte sich nun schon endgültig wieder

---

Infolge technischer Schwierigkeiten, vor allem infolge des Fehlens genügender finanzieller Mittel, ist die "Rote Fahne" mit der Erfüllung ihres Redaktionsprogrammes für das laufende Jahr im Rückstand. Da die Zahl der Nummern und ihr Umfang nicht im notwendigen Umfang gesteigert werden kann, häufen sich in der Redaktion wichtige Manuskripte, die nur mit empfindlichen Verspätungen, wenn überhaupt, abgedruckt werden können. Besonders schmerzlich ist z.Bsp., daß der für die vorliegende Ausgabe bestimmte Artikel über einige

LEHREN AUS CHILE

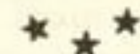
nicht mehr in diese Nummer aufgenommen werden konnte, sondern erst in der Ende Oktober folgenden Nummer erscheinen kann. Wir bitten unsere Leser deshalb um Verständnis und benützen den Anlaß, erneut daran zu erinnern, daß die ständige finanzielle Unterstützung der "Roten Fahne" - über die bewußt äußerst niedrig gehaltene Abonnementsgebühr hinaus - durch unsere Leser und Freunde, nach wie vor eine unentbehrliche Bedingung ihrer Existenz ist.

Helft der "Roten Fahne" besser, damit sie selbst besser helfen kann! Spendet für den RF-Notfonds!

als Herr der Lage und lehnte es ab, den Kompromißvorschlag auch nur zu diskutieren. Auch "das plausible Argument", die Direktion "könne nur mit legal gewählten Vertretern verhandeln" ("NÖ-Nachrichten") - also nur mit den SP-Betriebsratsobmännern! - trat nun in den Vordergrund. Weder mit den gewählten Streikkomitees noch mit den Betriebsarbeitern selbst zu sprechen, sondern lieber mit ihren durch den Lohnausfall oft verzweifelten und eingeschüchterten Frauen daheim, war jetzt die Devise. Sowohl Direktionsmitglieder als auch SP-Betriebsräte und SP-Funktionäre gingen nun von Wohnung zu Wohnung und beschworen die Arbeiterfrauen, ihre Männer doch endlich "zur Vernunft zu bringen" - im "Interesse der Familie", der armen Kinder usw. usf. Ein neuerliches, an jede Arbeiterfamilie versandtes Rundschreiben der Direktion diente als zusätzliches Mittel der Zermürbungstaktik:

> "Wir haben es bisher, entgegen der allgemeinen Übung, unterlassen, Sie von der Sozialversicherung abzumelden", hieß es im Direktionsschreiben heuchlerisch und drohend zugleich, aber nun würde die Lage "äußerst ernst", wenn die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen werde.

Unter dem Druck dieser Umstände und angesichts einer erneuten strikten Weigerung der Gewerkschaftsführung, Streikunterstützung zu zahlen, kam es am 11. Juli zum Beschluß der Arbeiter des Böhler- und des Gerstl-Werks, den Kampf vorläufig abzubrechen und die Arbeit wiederaufzunehmen. Wie dieser bittere Beschluß erzwungen wurde, daraus machte die bürgerliche Presse kein Hehl: Während das Unternehmerblatt "Die Presse" die Wirkung der "Pressionen" der SP-Führer gegen die Streikenden hervorhob, sagte es der "Kurier" am 12. Juli offen heraus, daß der Streikabbruch "unter Druck der Metallarbeitergewerkschaft und starker finanzieller Verluste" der Arbeiter erfolgte. Die Unternehmer und ihre Sprachrohre hatten allen Grund, mit der SPÖ-Führung zufrieden zu sein.



Ein Bericht über den Streik bei Böhler-Ybbstal wäre unvollständig, würde man nicht auch die Rolle der KPÖ-Revisionisten kritisch beleuchten, zumal für den oberflächlichen Beobachter der Eindruck entstehen könnte, die KPÖ-Führung habe den Streik energisch unterstützt. Tatsächlich ist das nicht der Fall!

Was die revisionistische KPÖ-Führung tat und tut, war lediglich, aus dem Kampf der Arbeiter soviel als möglich für sich selbst herauszuschlagen und eine demagogische Reklame für sich zu betreiben, deren letzte Weisheit immer nur lautet: Wählt uns statt die anderen! Tretet der KPÖ bei! KPÖ in den Betriebsrat! KPÖ in die Direktion! KPÖ ins Parlament! usw. usf. Für die restlos im Sumpf des parlamentarischen Kretinismus und Opportunismus versunkene KPÖ-Führung sind alle Ereignisse bloß Mittel zum Stimmenfang, sei es im Betrieb oder im Parlament.

Daß die KPÖ-Führung nicht im entferntesten daran dachte, auch nur einen Bruchteil ihrer gewaltigen materiellen und technischen Möglichkeiten zur Unterstützung des Kampfes der Böhler-Arbeiter einzusetzen, kann nur ein Blinder übersehen. Was hat ihr viele hunderte Angestellte umfassender Parteiapparat, der



GROSSE TAFELN AN TOREN UND EINFRIEDUNGEN DER BÖHLERWERKE IM YBBSTAL MACHTEN AUF DEN KAMPF DER ARBEITER AUFMERKSAM UND MAHNTEN ZUR SOLIDARITÄT

in jedem Bezirk über freigestellte Funktionäre verfügt, Lokale, Fahrzeuge, Druckmöglichkeiten usw. hat, getan, um die Solidarität des ganzen Landes für die Böhler-Arbeiter zu mobilisieren? Was hat die KPÖ-Führung getan, um ihre Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsratsfraktionen und Betriebsorganisationen in den Kampf zu werfen? Garnichts! Alles, worauf sie verweisen kann, sind ein paar Zeitungsartikel. Oder war es etwa ein Beispiel tatkräftiger Streikunterstützung, wenn die KPÖ laut "Volksstimme" vom 11. Juli einige ihrer prominentesten Betriebsräte dazu veranlaßte, an den VÖEST-Generaldirektor Dr. Koller einen Bittbrief zu richten, in dem dieser "ersucht" wird - wörtlich so! - im "Konflikt in den Böhler-Betrieben" zu intervenieren, da er doch "immer wieder betont" habe, sich für bessere Sozialleistungen und Löhne einzusetzen?! Dieses von einem heute schon grotesk anmutenden Untertanengeist erfüllte Bittgesuch war keine Hilfe für den Kampf im Ybbstal, sondern eine wert- und würdelose Geste, die mehr über das Wesen und die Rolle der KPÖ-Führung aussagt als lange Analysen!

Oder soll man vor einer anderen Geste der KPÖ-Führung ehrfurchtsvoll den Hut ziehen, etwa dem persönlichen Besuch des Herrn Muhri, des KPÖ-Vorsitzenden, im Ybbstal, um dort 10.000 Schilling für den Streikfonds zu überreichen? Ganz abgesehen davon, daß Muhri mit seinen 10 Scheinen erst am 17. Tag des Streiks kam, just an dem Tag, an dem er beendet werden mußte - was sind schon 10.000 Schilling für eine Partei wie die KPÖ, deren ZK ein siebenstöckiges Hochhaus füllt, die eine der größten österreichischen Druckereien besitzt und die allein aus ihrem weitverzweigten Wirtschaftsimperium monatlich mehrere Millionen Schilling Profite zieht? Irgendein Arbeiter-Rentner, der aus seinen schmalen Mitteln 10 Schilling an die Streikenden überwies, hat damit

ein unvergleichlich größeres Opfer gebracht als die revisionistische Partei Muhris, die sich jetzt, nach dem Kampf, geradezu als sein Herz und seine Seele aufzuspielen versucht.

So notwendig es ist, diese Tatsachen klarzustellen und allen falschen Hoffnungen entgegenzutreten, die revisionistischen KPÖ-Führer hätten wirklich die Absicht, die Arbeiter im Kampf für ihre Rechte und Forderungen zu unterstützen und vorwärtszuführen, so darf doch auch nicht übersehen werden, daß es an der Basis der revisionistischen Partei und an ihrer Peripherie, insbesondere in einer Reihe von Betrieben, auch heute noch kämpferische Elemente, ehrliche Genossen gibt, die mit der Arbeiterklasse verbunden und bereit sind, für deren Sache einzutreten, zu kämpfen und auch Opfer zu bringen. Der notwendige unversöhnliche Kampf gegen die revisionistische KPÖ-Führung, die innenpolitisch nichts anderes ist als eine Liliputausgabe der SPÖ und außenpolitisch eine speichelleckerische Agentur der sowjetischen Sozialimperialisten, der notwendige Kampf gegen alle Illusionen über die Rolle der KPÖ-Führung, die in allen entscheidenden Fragen und Momenten den Arbeitern ebens unbarmherzig in den Rücken fallen wird wie die SPÖ-Führung - all das darf nicht mit einem Kampf gegen jene Kräfte verwechselt werden, die subjektiv ehrlich sind und mit den Arbeitern fühlen, aber noch solche Illusionen haben oder denen die KPÖ einfach als der Einäugige unter den Blinden erscheint, weil sie noch keine andere politische Kraft sehen, die ihren Interessen wirklich entspricht. Bei Böhler-Ybbstal gab und gibt es solche Kräfte. Man muß ihnen helfen, indem man ihnen die Augen öffnet und so verhindert, daß sie ihr Vertrauen aus Unerfahrenheit einer Partei schenken, die es unter keinen Umständen verdient.

AUS DEM LETZTEN FLUGBLATT
DES STREIKKOMITEES

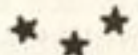
"Vor mehr als zwei Wochen begann in unserem Betrieb der Kampf um die Durchsetzung der Forderung auf Angleichung unserer Löhne an Kapfenberg. Das erklärte Kampfziel war die Erhöhung des Lohnes um 2,50 S je Stunde.

Obwohl der Streik in Urabstimmung einheitlich von den Arbeitern beschlossen wurde, konnte die Firmenleitung gemeinsam mit der SP-Betriebsrätemehrheit und der Gewerkschaftsführung schließlich erreichen, daß die Durchsetzung der Lohnforderung vorerst verhindert wurde.

Die SP-Gewerkschaftsführung ist unserem gerechten Lohnkampf in den Rücken gefallen. Sie hat eine Unterstützung des Streiks abgelehnt und gemeinsam mit der Unternehmensleitung alles getan, um die Arbeiterschaft aufzuspalten.

Wir sprechen allen Betrieben, allen Kollegen, die mit unserem Kampf Solidarität geübt haben, den Dank aus. Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen für die disziplinierte Durchführung des Streiks!

Die Einheit, die in diesem Kampf zustande kam, darf nicht mehr verlorengehen!"



Die Unternehmer-"Presse" hat am 12. Juli ihre tiefe Genugtuung darüber geäußert, daß der Streik im Ybbstal den Arbeitern selber "ins Auge gegangen" sei:

"Der Lohnverlust der Belegschaft wird mit 2,5 Millionen Schilling, rund 3.000 Schilling pro Mann, beziffert. Ihm stehen 40.000 Schilling Streikunterstützung gegenüber ... Außer Spesen, könnte man sarkastisch formulieren, nichts gewesen."

Dennoch muß sich aber auch das Unternehmerblatt eingestehen, daß mit einer solchen Milchmädchen-Rechnung nichts getan ist. Die unerhörte politische Bedeutung dieses trotz so extremer Schwierigkeiten, trotz einer erdrückend scheinenden Front von Feinden - von der örtlichen Direktion bis zur obersten Leitung der verstaatlichten Industrie überhaupt, von den obersten ÖGB-Führern bis zu den SP-Betriebsratsobmännern in den Betrieben selbst - so standhaft, so einheitlich und so ausdauernd geführten Kampfes ist unmöglich zu verkennen. Die Arbeiter haben ihre Forderung diesmal nicht durchsetzen können - aber sie haben ungeheuer viel gelernt, unbezahlbare Erfahrungen gesammelt. Die hochbezahlten Manager der verstaatlichten Industrie und die nicht minder gut dotierten Spitzenfunktionäre des ÖGB und der SPÖ haben es erreicht, daß die ohnedies bescheidene Forderung der Arbeiter halbiert wurde - aber sie haben dafür einen sehr hohen Preis bezahlt, dessen Gewicht sie noch lange spüren werden. Nach diesem Streik ist im Ybbstal vieles nicht mehr so wie es vorher war. Eben darum nennt die Unternehmerpresse den Erfolg der Direktion einen "Sieg ohne Lächeln" und zitiert ein Mitglied der Unternehmensleitung: "Genausogut können Sie es eine Niederlage nennen."

Die Unternehmer und die ÖGB-Führung wissen sehr gut: Solche "Erfolge" halten sie nicht oft aus! Wochenlang wurde nicht nur von 1.300 Böhler-Arbeitern, sondern vor hunderttausenden Arbeitern in ganz Österreich mit immer neuen Fakten demonstriert, daß die SPÖ-Führung nicht auf Seiten der Arbeiter, sondern der Arbeiterfeinde, der Streikbrecher, der "Gelben" steht, daß die Gewerkschaftsbosse nicht den Streikenden, sondern der scharfmacherischen Direktion alle Unterstützung geben, daß Leute, die für sich selbst Monatsgehälter von 40.000 bis 60.000 S in Anspruch nehmen, unmöglich jene vertreten können, die kaum ein Zehntel oder nur ein Zwanzigstel dieser Beträge haben und dafür noch schwer schuften müssen.* Hier ist eine Klassenkluft entstanden, die Ausgebeutete und Ausbeutende trennt. Die SPÖ- und die Gewerkschaftsführung stehen auf der anderen Seite der Barrikade!

Der Streik im Ybbstal hat den dortigen Arbeitern finanziell keinen sichtbaren Erfolg gebracht, aber er hat dennoch für sie und für die ganze österreichische Arbeiterklasse außerordentliche moralische und politi-

* Daß die ÖGB-Führung jetzt überlegt, in Form einer sogenannten "außerordentlichen Unterstützung" nachträglich doch noch eine teilweise Vergütung des Lohnverlustes vorzunehmen, kann ihre gründliche Bloßstellung nicht mehr ungeschehen machen, sondern ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß die Kraft der Arbeiter den Klassengegner auch dort zu Zugeständnissen zwingt, wo ein direkter Kampferfolg scheinbar ausgeblieben ist. (Anmkg. d. RF)

sche Bedeutung. Er hat das Eis des sogenannten "sozialen Friedens" gebrochen, der Politik der "Sozialpartnerschaft" einen schweren Schlag versetzt. Er hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse auch in Österreich auf die Dauer nicht mit dem Eiapopeia der Sozialpfaffen eingelullt werden kann, sondern daß sie sich immer wieder erheben und für ihre Rechte und Forderungen in den Kampf treten wird. Der Streik bei Böhler-Ybbstal ist eine erste Schwalbe, die zwar noch keinen Sommer macht, aber den Frühling kündet!

Genau das spüren auch die Gralshüter des "sozialen Friedens" in unserem Lande, und deswegen haben sie sich schier zerrissen, um dieser Schwalbe den Hals umzudrehen. Von seinem Streikbrecherstandpunkt durchaus logisch hat Präsident Benya in einem ORF-Interview am 20. Juli erklärt, obwohl die Böhler-Ybbstal-Arbeiter tatsächlich "lohnmäßig etwas zurückgeblieben" seien, habe die Gewerkschaft den Streik bekämpfen müssen, weil eine "Schubwirkung auf die anderen" Arbeiter "zu fürchten gewesen" sei. Aber die "Schubwirkung", deren es in Österreich dringend bedarf, wird sich dennoch einstellen. Das Klassenbewußtsein der österreichischen Arbeiter erwacht, ihre Kampfbereitschaft wächst. Und wenn schon der Kampf einer relativ doch recht kleinen Gruppe von Arbeitern so totalen Einsatz der "Sozialpartnerschafts"-Ideologen und -Institutionen erforderlich machte, damit ihre Dämme nicht brechen - wie wird es erst sein, wenn sich ein größerer Teil des arbeitenden Volkes seiner Kraft bewußt wird?

"DIE SPÖ HAT AUFGEHÖRT, EINE ARBEITERPARTEI ZU SEIN !"

(Aus dem Offenen Brief , mit dem Franz Pabst, Vorsitzender des Streikkomitees von Böhler-Ybbstal, seinen Austritt aus der SPÖ begründet)

"Die SP-Gewerkschaftsführung ist unserem gerechten Lohnkampf in den Rücken gefallen. Alle Gespräche im Kreise der SP-Fraktion, an denen ich nach der Beendigung des Streikes teilgenommen habe, hatten letztlich nur das Ziel, die während des Streiks verlorengegangene Kontrolle über die Arbeiter wiederzugewinnen. Kritisiert wurde von den verantwortlichen Spitzenfunktionären nicht der Inhalt der politischen Haltung der SP-Betriebsräte, sondern nur die Form, daß die Lügen, die über den Streik verbreitet wurden, einfach zu plump waren und es nicht gelungen war, die Arbeiter unseres Betriebes hinters Licht zu führen.

Zu offensichtlich wurde für die Masse der Arbeiter die Tatsache, daß dieser Verrat nicht allein auf Grund der Haltung einzelner Betriebsräte, nicht allein auf Grund der persönlichen Bindung der Betriebsratsobmänner an die Firmenleitung verursacht war, sondern daß dieser hauptsächlich in der Politik der gesamten SP seine Begründung findet.

Die Haltung der SP-Spitze während des Streiks machte es völlig klar, daß sie in Wahrheit aufgehört hat, eine Arbeiterpartei zu sein.

Als ich nach 1960 den Versprechungen Glauben schenkte, daß die Ideen der Demokratie und des Sozialismus in der großen Sozialistischen Partei ihre Verwirklichung finden, wurde ich ihr Mitglied. Heute muß ich leider feststellen, daß dies ein großer Irrtum war. Für mich als Person, als Arbeiter, ergeben sich nun einige entscheidende Schlußfolgerungen:

Da ich einer Politik, die sich direkt gegen die Interessen der Arbeiter richtet, nicht folgen kann und will, erkläre ich in aller Öffentlichkeit meinen Austritt aus der SPÖ und empfehle allen klassenbewußten Arbeitskollegen, den gleichen Schritt zu tun."

Tief erschüttert hat das Zentralkomitee der MLPÖ die Nachricht erhalten, daß Genosse

Johann GRUBMÜLLER

Sekretär unserer Parteigruppe Innkreis-West, an den Folgen eines schweren Verkehrsunfalles verschieden ist, den er vor einiger Zeit erlitten hatte.

Genosse Grubmüller war ein in vielfacher Beziehung vorbildlicher Genosse. Von einer Bescheidenheit und Einfachheit, die ihn dem oberflächlichen Betrachter vielleicht als unbedeutend erscheinen ließ, war er tatsächlich ein zutiefst massenverbundener, nimmermüder und durch nichts von seinem Ziel abzubringender Revolutionär, dem auch die unscheinbarste und undankbarste Kleinarbeit nicht zu unwichtig war. Nach seinem schweren Unfall, in einem Zustand, der äußerste Schonung dringendst geboten sein ließ, bestand er darauf, seine politische Arbeit fortzusetzen und scheute auch weite, anstrengende Reisen nicht, um die erforderlichen Kontakte zu halten.

In einer der konservativsten Gegenden Oberösterreichs aufgewachsen und wegen seiner gewerkschaftlichen und politischen Aktivität mehrmals gemaßregelt oder entlassen, machte er aus seinen revolutionären Überzeugungen dennoch niemals ein Hehl. Und in jedem Betrieb, in den er kam - er war zuerst Bauhilfsarbeiter, dann Metallarbeiter - hatte er bald einen kleinen Kreis von Kollegen um sich gesammelt und begann mit der Organisierung des gewerkschaftlichen und innerbetrieblichen Kampfes, ohne dessen konkrete Führung es ihm eine Phrase schien, von revolutionärer Mobilisierung der Arbeiter auch nur zu reden. →

Der von der Chruschtschow-Breshnew-Clique ausgehende revisionistische Verrat, dem sie die KPÖ-Führung in kriecherischer Unterwürfigkeit sogleich anschloß, war für Genossen Grubmüller eine nicht weniger erschütternde politische Erfahrung wie für viele andere Mitglieder dieser einst revolutionären Partei. Aber im Gegensatz zu nicht wenigen anderen zog sich Genosse Grubmüller keineswegs erbittert ins Privatleben zurück, sondern schloß sich der jungen MLPÖ an. Er war damals gerade 20 Jahre Mitglied der KPÖ gewesen und sollte deswegen entsprechend "geehrt" werden. Doch er dankte für die "Ehre" und widmete sich dem organisierten Kampf gegen den Revisionismus.

Es fällt schwer zu glauben, daß wir ihn nun nicht mehr in unserer Mitte sehen werden, daß er nicht wieder plötzlich in der Tür stehen wird, trotz einer weiten Reise wie zufällig "auf einen Sprung" vorbeikommend, um Material, Informationen, "Rote Fahnen" oder Plakate zu holen, Nachrichten zu überbringen oder diese und jene Frage zu diskutieren. Doch auch wenn wir ihn nun nie mehr sehen werden - er wird dennoch immer in unserer Mitte bleiben, als einfacher, bescheidener Genosse, als Verkörperung vieler hoher proletarischer Tugenden, die uns allen ein Beispiel geben.

Brief aus Westdeutschland: KEINE ILLUSIONEN ÜBER DEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

<u>Redaktionelle Vorbemerkung:</u> Die vorliegende Arbeit, die wir einer Gruppe langjähriger Leser und Freunde unserer "Roten Fahne" in der BRD verdanken, stellt einen Versuch dar, einen Beitrag zur Analyse des westdeutschen Imperialismus zu leisten. Eine solche Analyse ist nicht nur für die westdeutschen Marxisten-Leninisten von erstrangiger Bedeutung, um den Weg der sozialen Revolution zu beleuchten, sondern sie ist auch für die fortschrittlichen Kräfte Österreichs eminent wichtig als jenes Landes, dessen nationale Unabhängigkeit vom deutschen Imperialismus seit jeher am ersten und unmittelbarsten bedroht war.

Die Entwicklung in der BRD findet in Österreich aus diesen und anderen Gründen an und für sich besonderes Interesse. Die trotz ihrer Zersplitterung immer imponierender in Erscheinung tretende junge marxistisch-leninistische Bewegung in der BRD, die jüngsten großartigen Klassenkämpfe des westdeutschen Proletariats, aber auch die immer mehr faschistische Züge aufweisenden und notstandsähnliche Formen annehmenden staatlichen Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung und die zum Kampf antretende Arbeiterschaft Westdeutschlands, haben dieses Interesse noch weiter gesteigert und nicht nur tiefe Gefühle der Solidarität mit unseren kämpfenden westdeutschen Klassenbrüdern mobilisiert, sondern auch den Wunsch wachgerufen, mehr Informationen über die Probleme des Klassenkampfes in der BRD zu erhalten und aus dem Beispiel der dortigen, schon weit höher entwickelten sozialen Bewegung auch für unsere Praxis zu lernen.

Wir sind der Meinung, daß der vorliegende Artikel dabei eine Hilfe sein kann.

★

Der deutsche Imperialismus hat zwei Weltkriege angezettelt und dabei große Gebiete verloren. Er hat sich damit nicht abgefunden und wird das auch niemals tun. Das Wort vom westdeutschen Revanchismus hat daher nichts von seiner Aktualität verloren. Die westdeutschen Revanchisten haben das Potsdamer Abkommen nie anerkannt. Sie werden die Ergebnisse des 2. Weltkriegs nie anerkennen. Das ist so, weil die Kapitalistenklasse in Westdeutschland nicht gestürzt worden ist und weil die Abs, die Thyssen usw. damals wie heute die Politik des Landes bestimmen - auch wenn sie ihrer Diktatur das Mäntelchen der "parlamentarischen Demokratie" umgehängt haben.

Seit der Gründung der BRD wurde der Geist der Revanche und der allseitigen Expansion zur offiziellen Politik, die Einverleibung der DDR zum Ziel Nr. 1 des westdeutschen Imperialismus. Basis dieser Politik ist der traditionelle deutsche Militarismus und die Remilitarisierung.

Nach der Niederlage im 2. Weltkrieg wurde der westdeutsche Imperialismus vom US-Imperialismus ökonomisch und militärisch wieder hochgepäppelt und zu seinem Hauptpartner in der NATO gemacht. Das ermöglichte eine gewaltige Entwicklung der Industrie und die zunehmende Militarisierung, welche die Bun-

deswehr inzwischen zur modernsten und schlagkräftigsten Armee Westeuropas gemacht hat und die zum Beispiel schon heute über mehr Panzer verfügt als seinerzeit die Hitler-Wehrmacht. Die rasche Entwicklung der Industrie und die forcierte Militarisierung erfordern aber auch große Energie- und Rohstoffquellen, die in der BRD knapp sind. Der westdeutsche Imperialismus kann ohne Expansion nicht leben. Daher wendet er seine begehrlichen Blicke gegen die osteuropäischen Länder, deshalb versucht er zunehmend sein Diktat über die westeuropäischen Länder zu errichten, deshalb verwandelt er Österreich zielstrebig in seine Halbkolonie, deshalb verstärkt er seine neokolonialistische Infiltration im afroasiatischen und lateinamerikanischen Raum.

Diese Anstrengungen nehmen in jüngster Zeit weiter zu und müssen zwangsläufig zunehmen. Die Gründe dafür sind: Die stark exportorientierte westdeutsche Industrie - 5 Millionen Beschäftigte, das heißt ein Sechstel aller Beschäftigten, arbeiten für den Export - stößt mit ihrer friedlichen Expansion immer heftiger an die Grenzen der imperialistischen Konkurrenz. Die Widersprüche zu den anderen Imperialisten, insbesondere zum US-Kapital, verschärfen sich zunehmend und die Schwierigkeiten infolge Währungskrise, Inflation, Handelsbeschränkungen und neuen Zollschranken werden immer größer. Auch der westdeutsche Imperialismus bleibt nicht von der tiefen allgemeinen - wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ideologischen - Krise des Weltimperialismus verschont, der immer schwerere Schläge durch den Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, durch den Vormarsch Volkschinas und Albaniens und durch die Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen in den kapitalistischen Ländern erhält.

Wie schon immer versucht die westdeutsche Bourgeoisie ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunächst auf die eigene Arbeiterklasse abzuwälzen. Sie ist nicht nur gezwungen, neue Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten jenseits der Grenzen zu erschließen, sondern auch die Profite im Inneren zu steigern, also die Ausbeutung zu verschärfen. Aber spätestens seit dem Jahre 1969, mit den "wilden" Streiks der Metallarbeiter und den großen Bauerndemonstrationen, mit der Hinwendung der Jugend- und Studentenbewegung zur Arbeiterklasse und mit der Entstehung einer marxistisch-leninistischen Bewegung wächst der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung zusehends. Erst recht haben die großartigen Streikkämpfe der Arbeiter von Opel-Bochum und Ford-Köln gezeigt: Die BRD ist kein "Gebiet des ewigen Klassenfriedens" mehr!

Die weitere Expansion nach außen erfordert einerseits relative Ruhe an der Heimatfront, andererseits politische Anerkennung in der internationalen Arena. Beides wieder erfordert möglichste Verschleierung der aggressiven, kriegerischen Pläne des westdeutschen Imperialismus. Deshalb tritt 1969 die SPD/DFP-Regierung auf den Plan. Der Alt-Nazi Kiesinger wird von dem "Antifaschisten" und "Friedenskämpfer" Willy Brandt abgelöst. Dieser eignet sich besser dazu, Kontakte zur neuen Bourgeoisie der Sowjetunion zu knüpfen. Gemeinsam mit Breshnew wird die "neue Ostpolitik"



IN DER INNENPOLITIK ZEIGT DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS DEUTLICHER SEIN GESICHT - NACH AUSSEN IST ER NOCH VORSICHTIGER

entfaltet und ein diabolischer Rummel um den nun angeblich "friedlich gewordenen" westdeutschen Imperialismus veranstaltet. Was vor einigen Jahren noch ganz undenkbar schien, wird traurige Wirklichkeit: ausgerechnet die sowjetischen Führer, als Führer einer sozialimperialistischen Macht, die mit der früheren Sowjetunion nichts mehr gemein hat, leisten den letzten und entscheidenden Beitrag, um den deutschen Imperialismus wieder international hoffähig zu machen.

Willy Brandt, der sich rühmen läßt, "schon immer ein offenes Ohr für die sozial Schwachen und für die rebellierende Jugend gehabt" zu haben, hat als Führer der westdeutschen Sozialdemokratie auch unvergleichlich mehr Möglichkeiten als Kiesinger, für die "Ruhe im Inneren" zu sorgen - nicht nur mit dem Zuckerbrot sozialer Demagogie, sondern zunehmend auch mit der Peitsche eines ungeheuer aufgeblähten staatlichen Unterdrückungsapparates. Unter Brandts Regierung wurden die Budgetaufwendungen für "Innere Sicherheit" auf die Rekordhöhe von 785 Millionen DM gesteigert!

Der Friedensnobelpreisträger Brandt eignet sich schließlich auch besser dazu, die militärische Aufrüstung der BRD verstärkt voranzutreiben, um eines Tages wieder zum imperialistischen Raubkrieg greifen zu können, wenn die "friedliche" Expansion nicht mehr genug bringt. Unter der Brandt-Regierung wurden die Ausgaben für die Bundeswehr bis auf 30 Milliarden DM, ein Viertel des ganzen Staatshaushalts, aufgebläht.

Keine CDU/CSU-Regierung hätte je vermocht, eine derartige Militarisierung nach innen und außen so

relativ glatt durchzuführen und sich dabei noch aller Welt als höchst "demokratisch" und "sozial", als bis zur Selbstverleugnung "friedfertig" und "versöhnungsbereit" vorzustellen.

DIE "NEUE OSTPOLITIK" IST

KEINE FRIEDENSPOLITIK, SONDERN DIENT

DER KRIEGSVORBEREITUNG !

Der Breshnew-Besuch in Bonn bildet den bisherigen Höhepunkt der sogenannten "Entspannungspolitik" der Brandt-Regierung. Die Sowjetpresse und die westdeutschen Revisionisten der DKP haben ihn prompt zum Anlaß genommen, das "Ende des Kalten Kriegs" und den nunmehr "realistisch" und "vernünftig" gewordenen westdeutschen Imperialismus zu bejubeln. Sie versuchen, vergessen zu machen, was niemals vergessen werden darf: daß die BRD-Regierung die realen Grenzen nach dem 2. Weltkrieg auch jetzt nicht wirklich anerkennt, daß es bis heute keinen Friedensvertrag gibt, daß die Bestrebungen zur "Wiedervereinigung" Deutschlands - sprich: Einverleibung der DDR - nach wie vor ausdrücklich in der Verfassung der BRD verankert sind! Der westdeutsche Verfassungsgerichtshof hatte kürzlich sogar die Frechheit, in einem Urteil offen seine "Rechtsauffassung" zu unterstreichen, daß die Ostverträge weder dem Grundgesetz mit seinen "Wiedervereinigungs"-Vorstellungen noch den revanchistischen Gelüsten des westdeutschen Imperialismus auf die verlorenen Ostgebiete in den Grenzen von 1937 widersprechen. Die SPD/FDP-Regierung unterstützt demgemäß auch weiter eifrig die revanchistischen Vertriebenen-Verbände mit jährlich 20 Millionen DM. Man kann nicht annehmen, daß sie von diesen für Volkstänze ausgegeben werden.

Mit dem großen Betrugsmanöver der "Annäherung" und "Entspannung" treten die sowjetisch-revisionistischen Führer ihrerseits die Interessen des Sowjetvolkes, die Interessen aller Völker der Antifaschistischen Koalition, aber auch die Interessen des ganzen deutschen Volkes an einem Friedensvertrag mit Füßen. Sie zwingen darüber hinaus die Länder ihres Herrschaftsbereiches faktisch, auf Wiedergutmachungsleistungen für die faschistischen Zerstörungen weitgehend zu verzichten.

Die "neue Ostpolitik" bereitet die revanchistischen Pläne des westdeutschen Imperialismus nicht nur politisch und ideologisch vor, sie dient auch unmittelbar der ökonomischen Stärkung des westdeutschen Imperialismus. Um welche Milliardengeschäfte es dabei geht, zeigt das Beispiel der Deutschen Bank, welche den Sowjetrevisionisten einen 2,4-Milliarden-DM-Kredit gewährte, und von Mannesmann und Salzgitter, die ihnen eine Anleihe von 3,35 Millarden DM gaben. Das sind die größten Kredite, die in Europa bisher vergeben wurden und sie verschaffen der BRD die Position des größten europäischen Gläubigers der Sowjetunion. Außerdem standen bei den Verhandlungen Breshnews mit den Bonner Spitzenführern auch die Perspektiven direkter westdeutscher Kapitalinvestitionen in der Sowjetunion auf der Tagesordnung. So verkauft die revisionistische Breshnew-Clique die vom sowjetischen Volk mit Blut und Schweiß erkämpften Rechte und Reichtümer eben an jene, die dem Sowjetvolk 20 Millionen Tote gebracht haben, an die Abs' und Krupps und ihre Handlanger!

Die "Ostverträge" dienen keinesfalls der Entspannung in Europa, sie verschärfen vielmehr die Widersprüche der kapitalistischen Staaten Europas untereinander, ihre Widersprüche zu den größten imperialistischen Weltmächten sowie deren gegenseitige Widersprüche. Auch das Bestreben der beiden imperialistischen Supermächte, in Europa eine zeitweilige relative "Befriedung" zu erreichen, um die Hände für die Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika und für die Vorbereitung eines Krieges gegen die Volksrepublik China freizubekommen, ist letzten Endes auch für die Völker Europas katastrophal. Erst recht katastrophal ist eine Politik, die auf die Stärkung der größten und traditionell aggressivsten imperialistischen Macht in Europa selbst hinausläuft!

Natürlich haben sowohl die westdeutschen Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten ein außerordentliches Interesse daran, diese Tatsachen vor den Völkern zu vertuschen und diesen den Anbruch eines neuen "friedlichen Zeitalters" weiszumachen, um bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer aggressiven Pläne möglichst ungestört zu bleiben. So erklärt sich auch die weitgehende Übereinstimmung von Friedensdemagogie und imperialistischem "Pazifismus" der SPD-Führer einerseits und der DKP-Revisionisten andererseits, die trotz ihrer Widersprüche eine koordinierte Rolle im Dienste der Bourgeoisie spielen und sich zu einer gemeinsamen, gegen die Grundinteressen der Arbeiterbewegung gerichteten Strömung verschmolzen haben. (Weniger verständlich ist freilich, daß es sogar manche Leute gibt, die sich in Worten auf den Marxismus-Leninismus berufen und dennoch im Grunde auf die Friedensdemagogie der Brandt und Breshnew hereinfallen, indem sie behaupten, man dürfe die Ostverträge nicht als Kriegsverträge bezeichnen. Offenbar sehen diese Zeitgenossen nicht über ihre eigene Nasenspitze hinaus oder sind sie gar der chauvinistischen Meinung, daß die westdeutschen Arbeiter nicht aufzuregen brauche, was sich zunächst vor allem gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen anderer Länder richtet.

Die Marxisten-Leninisten müssen der Arbeiterklasse, dem deutschen Volk und den Völkern Europas die Augen öffnen über den revanchistischen, aggressiven und letzten Endes kriegerischen Kurs der Brandt-Regierung, sie müssen die Absicht der Sozialdemokratie und der modernen Revisionisten, die Massen in Sicherheit zu wiegen und einzulullen, durchkreuzen, und dürfen nicht die geringsten Konzessionen an irgendwelche Illusionen machen.

Dabei dürfen sie auch nicht vergessen, daß eine starke Waffe für die revisionistische Politik ihre Ideologie ist. Sie dürfen nicht außer acht lassen, daß - auch wenn sie schon einen organisatorischen Trennungsstrich gegenüber den Revisionisten gezogen haben - die Ideologie des modernen Revisionismus die HAUPTGEFAHR innerhalb der kommunistischen Bewegung BLEIBT!

Die modernen Revisionisten, die auf deutschem Boden über einen Staatsapparat verfügen, setzen alle ihre Ideologen, Professoren, Theoretiker dafür ein, die

ideologische Verwirrung, die nach dem Verrat der KPD-Führung und der Entartung der DDR zu einem Staat einer neuen Ausbeuterklasse in den Reihen der Revolutionäre entstanden ist, aufrechtzuerhalten und noch zu vergrößern.

- Wer die Theorien und die Ideologie der modernen Revisionisten nicht ständig analysiert und ununterbrochen bekämpft, wer sie unterschätzt, wer die entscheidende Aufgabe der Reinhaltung der marxistisch-leninistischen Theorie und Ideologie, ihres ernsten ständigen Studiums, ihrer schöpferischen Anwendung auf jedes gegebene Problem, ihres systematischen Hineintragens und Verbindens mit den Massen bagatellisiert und vernachlässigt - der wird der revisionistischen Politik auch keine proletarisch-revolutionäre, keine marxistisch-leninistische Politik entgegensetzen können, der wird in dieser oder jener Form den Revisionisten auf den Leim gehen!

Daß dies keine leere Floskel ist, zeigt ein aktuelles Beispiel, über das nachzudenken sich lohnt: Zu den Demonstrationen gegen das Verbot der palästinensischen Organisationen Gups/Gupa brachten die sich als marxistisch-leninistisch verstehenden Organisationen der BRD 15.000 Demonstranten auf die Beine - zur Demonstration gegen Breshnew nur 5.000.

KENNST DU DAS LAND

Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!
Dort stehn die Prokuristen stolz und kühn
In den Büros, als wären es Kasernen.

Dort wachsen unterm Schlips Gefreitenknöpfe.
Und unsichtbare Helme trägt man dort.
Gesichter hat man dort, doch keine Köpfe.
Und wer zu Bett geht, pflanzt sich auch schon fort!

Und Kinder kommen dort mit kleinen Sporen
Und mit gezognem Scheitel auf die Welt.
Dort wird man nicht als Zivilist geboren.
Dort wird befördert, wer die Schnauze hält.

Kennst Du das Land? Es könnte glücklich sein.
Es könnte glücklich sein und könnte glücklich machen!
Dort gibt es Äcker, Kohle, Stahl und Stein
Und Fleiß und Kraft und andre schöne Sachen.

Auch Geist und Güte gibts dort dann und wann!
Und wahres Heldentum. Doch nicht bei vielen.
Dort steckt ein kleines Kind in jedem zweiten Mann.
Das will mit Bleisoldaten spielen.

Dort reift die Freiheit nicht. Dort bleibt sie grün.
Was man auch baut – es werden stets Kasernen.
Kennst du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!

Erich Kästner

DAS "VATERLAND EUROPA" DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN

Im vergangenen August begann in der gesamten SPD- wie CDU-orientierten Presse plötzlich eine üble Hetzkampagne nationalistischen Charakters gegen Frankreich. Was war geschehen? Der französische Agrarminister hatte Zweifel an der Aufrichtigkeit der "Europapolitik" der Bundesrepublik angemeldet. "Wenn Gauner sich streiten, kommt die Wahrheit ans Licht", sagt man, und: "Getroffener Hund bellt!" Die wütende Reaktion ihrer Presseorgane bewies, wie wichtig es für die westdeutschen Imperialisten ist, daß man ihnen das Geschwätz von Willy Brandt als "dem besten Europäer, den Europa je hatte" - so Höfer, Intendant des westdeutschen Rundfunks - abnimmt. Die BRD-Imperialisten brauchen das Image der nicht nur "friedlichen", sondern auch noch "europäisch" denkenden und handelnden, keinerlei egoistische Interessen verfolgenden Gentlemänner. Sie brauchen das, um ihre Politik, ganz Europa unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, tarnen zu können. Ihr angeblich selbstloses "Europäertum" ist die "Selbstlosigkeit" des Wolfes, der schon im Namen des Schafes spricht, bevor er es noch gefressen hat. Und der Streit zwischen den französischen und den westdeutschen Imperialisten ist einfach ein Streit um die Vorherrschaft in Europa.

In diesem Hahnenkampf, in dem die BRD offensichtlich der große Favorit ist, spielt das Dreieck Washington-Moskau-Bonn eine wichtige Rolle. Der Besuch Brandts bei Nixon und Breshnews Besuche in Bonn und Washington haben gezeigt, daß die beiden Supermächte Bonn die Hauptrolle auf der europäischen Bühne zugedacht haben - natürlich immer im Rahmen und in den Grenzen der sowjetisch-amerikanischen Allianz. Gegenwärtig soll die BRD ihre finanzielle und ökonomische Macht gegen die anderen europäischen Länder aufbieten, um die Hindernisse bei der Verwirklichung der Ziele der beiden Supermächte auf der sogenannten "Europäischen Sicherheitskonferenz" aus dem Weg zu räumen. Der Vorteil für den westdeutschen Imperialismus liegt auf der Hand: Er kann seine Stellung festigen, sowohl gegen die Supermächte, als auch, um ein gemeinsames Diktat in Europa zu errichten.

Um seine Vormachtstellung in Westeuropa auszubauen und hier schließlich alle Schalthebel der Macht in die Hände zu bekommen, verstärkt Bonn seine Unterstützung der faschistischen Regimes in Spanien, Portugal, Griechenland und in der Türkei und macht diese Länder auch ökonomisch verstärkt von sich abhängig. In großem Umfang haben auch die ökonomische Infiltration und die direkten Kapitalinvestitionen in den kleineren kapitalistischen Ländern Europas seit der Krise 1966/67 zugenommen - in Österreich, Belgien, Holland usw., in denselben Ländern also, die schon unter dem Hitlerjoch gelitten haben und deren nationale Unabhängigkeit nun doppelt bedroht ist: durch die beiden imperialistischen Supermächte und durch den westdeutschen Imperialismus.

- Die Marxisten-Leninisten müssen den westdeutschen Imperialisten die "friedliche", "europäische" Maske herunterreißen und dahinter die Fratze der kriegerischen Revanchisten und ag-

Erklärung des ZK der MLPÖ

SCHLUSS MIT DER UNTERDRÜCKUNG DER REVOLUTIONÄREN UND ANTIIMPERIALISTISCHEN BEWEGUNG IN DER BRD!

Das Zentralkomitee der MLPÖ erhebt gegen die verschärften, mehr und mehr faschistischen Charakter annehmenden Repressalien, Verfolgungen und Verhaftungen, Verbote und Unterdrückungsversuche gegen die revolutionäre und antiimperialistische Bewegung und insbesondere gegen die marxistisch-leninistischen Organisationen in der BRD durch die Brandt-Regierung

energischen Protest

und drückt seine feste proletarische Solidarität mit allen Opfern dieser reaktionären Polizeistaatsmethoden aus.

Unsere Solidarität gilt im besonderen jenen mehr als hundert revolutionären Genossen, die derzeit unter fadenscheinigen Beschuldigungen in den Gefängnissen der Brandt-Regierung festgehalten werden; jenen Genossen, gegen die man niederträchtige Racheprozesse führt, um an ihnen ein Exempel zu statuieren und damit die Massen einzuschüchtern; den revolutionären Aktivisten, die man mit horrenden Geldstrafen zu ruinieren oder aus dem Land zu treiben sucht; den tapferen Arbeitern deutscher, türkischer und anderer Nationalität, die man wegen ihrer Teilnahme an Streiks und anderen berechtigten proletarischen Kampfaktionen um ihren Arbeitsplatz bringen will, maßregelt und verfolgt.

Die westdeutsche Arbeiterklasse und die westdeutschen Revolutionäre, ebenso wie ihre Klassenbrüder aus anderen Ländern, werden sich - dessen sind wir sicher - durch diese Unterdrückungsmaßnahmen des imperialistischen Staates nicht davon abhalten lassen, für ihre Tagesforderungen und Zukunftsinteressen zu kämpfen. Sie werden daraus lernen, ihren Kampf noch energischer und wirksamer zu gestalten und sich noch besser auf die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind vorzubereiten. Sie werden lernen, den Kampf um ihre prinzipienfeste revolutionäre Einheit, die eine gebieterische Notwendigkeit ist, noch besser zu führen.

Der mutige Kampf unserer westdeutschen Klassenbrüder und Genossen ist für uns österreichische Marxisten-Leninisten, für alle fortschrittlichen Kräfte unseres Landes, eine reiche Quelle revolutionärer Beispiele und Erfahrungen. Er hilft, inspiriert und ermutigt uns in unserem eigenen Kampf.

Schluß mit der Unterdrückung der revolutionären und antiimperialistischen Bewegung in der BRD!

Vorwärts im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, für den Sieg der Sache der nationalen und sozialen Befreiung der Völker!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

gressiven Chauvinisten aufdecken. Die westdeutschen Marxisten-Leninisten müssen besonders den sich zwangsläufig entwickelnden Kampf der kleineren europäischen Völker um nationale Unabhängigkeit, die vom westdeutschen Imperialismus immer mehr kolonialisiert werden, wie zum Beispiel des österreichischen Volkes, als wertvollen Beitrag für die eigene Revolution propagieren und mit allen Kräften unterstützen.

DIE "HILFE" DER WESTDEUTSCHEN NEOKOLONIALISTEN FÜR AFRIKA

Anläßlich des vor kurzem erfolgten Besuches einer Delegation der Befreiungsfront von Mocambique, FRELIMO, in der BRD, machten die westdeutschen Imperialisten und ihre SPD/FDP-Regierung besondere Anstrengungen, ihr Image aufzupolieren. "Entwicklungshilfe"-Minister Eppler setzte seine tollste antiimperialistische Maske auf und "verurteilte" den Kolonialismus der Portugiesen in Afrika. Aber das "antiimperialistische" Mäntelchen, das sich die Brandt-Regierung umhängen will, ist doch etwas sehr kurz und durchsichtig. Im selben Interview, in dem er Portugal "verurteilte", erklärte Eppler, worum es ihm in Wahrheit geht:

"Je weniger sich der Westen um die Rebellen kümmert, um so größer ist die Chance, daß die Befreiungsbewegung kommunistisch wird."

Die SPD/FDP-Regierung betrachtet es also als ihre Aufgabe, die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika davor zu "bewahren", mit der sozialen Befreiungsbewegung zu verschmelzen, deutlicher gesagt, sie vor ihrem durchgreifenden Erfolg zu "bewahren",

was zugleich auch bedeuten würde, alle Möglichkeiten neokolonialistischer Infiltration, besonders auch durch die westdeutschen Imperialisten, offenzuhalten.

Die westdeutschen Imperialisten hatten es übrigens nötig, gerade in diesem Fall besondere Anstrengungen zu machen, um die Blutspuren ihrer imperialistischen Politik zu verwischen, hatten doch einige afrikanische Staaten vor der Weltöffentlichkeit enthüllt, daß die BRD an Portugal Waffen liefert, die eben zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika dienen!

Das westdeutsche Monopolkapital beteiligt sich auch am Bau des Staudammes Cabora Bassa, der Strom für die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe und Bodenschätze liefern soll. Die BRD umgeht auch das weltweite Embargo gegen das rassistische Rhodesien durch Lieferungen an die Republik Südafrika, von wo sie nach Rhodesien weitergeleitet werden.

Afrika ist ein traditionelles Tätigkeitsgebiet des deutschen Militarismus. Gerade in den letzten Jahren, vor allem nach der Gründung der "Eurafrika", welche die EWG mit Afrika verbinden soll, dehnte der BRD-Imperialismus seine Einmischung und seine Beteiligung an der Ausplünderung Afrikas aus, dessen riesige Rohstoffreserven seinen Appetit mächtig reizen. Besonders die wirtschaftliche, aber auch die militärische Zusammenarbeit mit der von weißen Rassisten beherrschten Republik Südafrika, die im Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Schwarzafrikas eine tonangebende Rolle spielt, hat zugenommen. Im April 1968 begannen die Klöckner-Werke in Afrika mit dem Aufbau der materiellen Voraussetzungen, um Kernwaffen herstellen zu können, während eine Reihe anderer Firmen der BRD, vor allem die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und die Degussa langfristige Verträge über die Lieferung von Uran mit Südafrika abgeschlossen haben.



BONN 1973 : MASSENVERHAFTUNGEN VON DEMONSTRANTEN



DORTMUND 1973 : BEREIT ZUM KAMPF GEGEN DAS EIGENE VOLK

Auch wenn die Brandt-Regierung sich "antiimperialistisch" aufspielt, so ist doch Neokolonialismus ihre Devise. Diese Politik versucht sie durchzusetzen mit Zuckerbrot und Peitsche - mit demagogischen Gesten gegenüber der Frelimo und mit sehr realen Waffen für Portugal. (Die Vertreter von Frelimo haben das heuchlerische "Hilfs"-Angebot der Bundesregierung übrigens abgelehnt. Der Vizepräsident der Frelimo, dos Santos, erklärte:

"Sie wollen Portugal militärische Hilfe und zugleich uns Medikamente liefern, damit wir unsere Wunden behandeln können." (Reuter, 30.8.1973)

Die Marxisten-Leninisten müssen die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker Asiens, Afrikas Lateinamerikas und der europäischen Randländer sowie der kleinen europäischen Nationen als wertvollen Beitrag für die eigene Revolution propagieren! Das ist eine Kernfrage des proletarischen Internationalismus. In diesem Sinne hat Mao Tse-tung, als sich die vietnamesischen Genossen für die erwiesene Hilfe bedanken wollten, erklärt, daß sich in erster Linie das chinesische Volk beim vietnamesischen Volk für dessen großen Beitrag zur Weltrevolution und damit auch zur Revolution in China bedanken muß.

Proletarischer Internationalismus - das bedeutet nicht einfach karitative Geldsammlungen für den Bau irgendwelcher Krankenhäuser, wie das die Revisionisten meinen. Der entscheidende Beitrag zur Unterstützung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in den anderen Ländern besteht für Marxisten-Leninisten darin, konsequent den Klassenkampf im eigenen Land zu führen - getreu den Worten Lenins, daß der proletarische Internationalismus darin besteht, "das Höchstmaß dessen, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung und Entfachung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist", zu leisten.

Kommunisten eines großen, erst recht eines imperialistischen Landes wie der BRD, dürfen aber niemals ihre Unterstützung für den Kampf der unter-

- drückten Völker in den Vordergrund stellen, welche Formen und welches Ausmaß diese Unterstützung auch haben mag. Jeder Anspruch, den Kampf in anderen Ländern "führen" zu wollen, indem man auf eigene Erfolge oder die eigene Stärke verweist, wäre, was die BRD betrifft, nur eine Widerspiegelung hegemonistischer Ansprüche.

- Die Marxisten-Leninisten der BRD müssen insbesondere den Kampf jener Völker, die vom westdeutschen Imperialismus bedroht, ausgebeutet und unterdrückt werden, unterstützen und in der deutschen Arbeiterklasse und im deutschen Volk als große Hilfe für den eigenen Kampf propagieren. Sie müssen jede Form von Nationalismus und Chauvinismus entschieden bekämpfen. Das ist eine entscheidende Vorbedingung, um die westdeutsche Arbeiterklasse zur Revolution führen zu können.

Schaut man hinter die Maske des "friedlichen", "europäischen", ja gar "antiimperialistischen" westdeutschen Imperialismus, dann kommt immer wieder die selbe Fratze hervor, die des besonders aggressiven Imperialismus, Revanchismus und Militarismus. Die Aktivität nach Osten, nach Westeuropa, in die afro-asiatischen und lateinamerikanischen Gebiete sowie die Aktivität nach innen zur verschärften Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen Volkes muß man als intensive Vorbereitung der aggressiven Pläne des westdeutschen Imperialismus, als Sammlung seiner Kräfte für seine vorrangigen Ziele erkennen:

- "...Atomwaffen zu erhalten, sich die DDR einzuverleiben, die alten Grenzen des hitlerischen Dritten Reiches wiederherzustellen, und sich auf einen neuen Revanchekrieg vorzubereiten, womit er den Frieden und die Sicherheit der Völker in Europa und auf der ganzen Welt sehr ernsthaft bedroht." (Enver Hodscha, Bericht auf dem 5. Parteitag der PdAA)

DER KAMPF DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES HAT DEN MYTHOS DER KLASSENHARMONIE UND DES SOZIALEN FRIEDENS IN WESTDEUTSCHLAND ZERSCHLAGEN!

Der westdeutschen Bourgeoisie entstehen durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Widersprüche innerhalb und außerhalb des Landes, durch die Veränderung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, durch die Finanz- und Währungskrise usw., aber auch als Folge ihrer weitreichenden Ambitionen gewisse Schwierigkeiten. Sie versucht, deren Lasten auf die Schultern der breiten Massen abzuwälzen und ihre Profite mittels der bekannten Methoden der Teuerung, der Arbeitshetze und der verschärften Ausbeutung noch zu erhöhen. Die Preissteigerungen überflügeln die Lohnerhöhungen immer mehr, das heißt Reallohn-Abbau. Auf Grund der zunehmenden Verschlechterung der realen Lage der Arbeiterklasse und des Volkes beginnen sich große Klassenschlachten zwischen den Werktätigen und dem Kapital zu entwickeln.

Doch die westdeutschen Imperialisten brauchen auch für ihre hochtrabenden Pläne nach außen "Ruhe an der Heimatfront". Die Brandt-Regierung kämpft daher mit zweierlei Methoden gegen die Arbeiterklasse und das Volk: mit sozialer Demagogie und mit der Faschisierung, wobei ersteres noch im Vordergrund steht, ohne daß letzteres vernachlässigt wird.

Ein umfangreiches Reformprogramm wie z.Bsp. ein neues Vermögens-, Bildungs- und Rentenanpassungs-Gesetz, soll das arbeitende Volk über die Verschlechterung seiner realen Lage hinwegtrösten. Die Aufwertung der D-Mark wird als Kaufkraftsteigerung im Ausland angepriesen, obwohl viele sich keinen Auslandsurlaub mehr leisten können. Als direkte Antwort auf die zunehmenden Kämpfe der Werktätigen wurden ein sogenanntes "Mieterschutzgesetz" und das reaktionäre "Betriebsverfassungsgesetz" erlassen.

Gleichzeitig treibt die SPD/FDP-Regierung die Faschisierung des Staatsapparats voran und verstärkt die Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg. Kennzeichnend dafür ist, daß die Ausgaben für "Innere Sicherheit" allein 1970 um 250 Millionen DM erhöht wurden, das heißt um das Hundertfache dessen, was die Steigerung in den Jahren 1966-69 ausmachte.



POLIZISTEN IN ZIVIL BEI EINER PRÜGEL-ATTACKE

- Die Jagd auf wirkliche oder angebliche Mitglieder der RAF ("Rote-Armee-Fraktion") mit -zigtausenden von Polizisten,
- die Ermordung von T. Weissbecker, Petra Schelm, G.v. Rauch durch die Polizei,
- die wilde Pogromhetze gegen alle Araber anläßlich der Aktion des "Schwarzen September" bei der Olympiade in München,
- die Umstände der gewaltsamen Abschaffung von Palästinensern, die im Flugzeug mit Gestapo-Methoden gefoltert wurden,
- das Verbot der Palästinenser-Organisationen GUPS/GUPA -

- das und vieles anderes haben einen Vorgeschmack gegeben, womit die kämpfende Arbeiterklasse und



POLIZEI-EINSATZ VOR DEN HELLAWERKEN IN LIPPSTADT

die Marxisten-Leninisten rechnen müssen.

Der politische Kampf der Marxisten-Leninisten der BRD hat neue Formen angenommen: die Bannmeilendurchbrechung beim Antikriegstag anläßlich der Olympiade in München, die Rathausbesetzung in Bonn beim Besuch des Faschisten Thieu, die illegale Demonstration in Dortmund beim Besuch des Sozialimperialisten Breshnew trotz 30.000 Mann Polizeiaufgebot, unter der Parole: "Nieder mit Breshnew - Es lebe die Sowjetunion Lenins und Stalins!"

Als eine Art Gastgeschenk für Breshnew ließ die Brandt-Regierung Büros von marxistisch-leninistischen und antiimperialistischen Organisationen durchsuchen, deren führende Mitglieder in Vorbeugehaft nehmen, Autobahnkontrollen gegen anfahrende potentielle Demonstranten durchführen und zahlreiche Menschen einfach von der Straße weg verhaften, wenn sie "verdächtig" aussahen. Insgesamt wurden in Dortmund von 5.000 Demonstranten rund 700 verhaftet! (Die DKP-Revisionisten führten unterdessen unter dem Schutz der Polizei in Bonn ihre Jubeldemonstration für Breshnew durch.)

Der Justizterror in der BRD hat schon große Ausmaße angenommen: Mehr als 100 junge Revolutionäre sitzen bereits in den Gefängnissen - indem man sie endlos lange auf ihren "Prozeß" warten läßt, dehnt man ihre Haft willkürlich aus. (Doch in einer Front mit SPD und DKP, die das Schimpfwort von den angeblichen "Chaoten" erfunden haben, hetzen einige Opportunisten, die sich als "Marxisten-Leninisten" zu bezeichnen wagen, aber nur eine Nachgeburt des Revisionismus darstellen, gegen die Revolutionäre, beschimpfen sie als "Kriminelle", "Linkssektierer" und "Zerstörungswütige".)

Die Brandt-Regierung kann die Fratze der Faschisierung nicht mehr verbergen, weil das Märchen von der "Wohlstandsgesellschaft" immer weniger zieht.

In den Städten stehen Mieterstreiks und Hausbesetzungen auf der Tagesordnung, ebenso wie Kämpfe gegen Tariferhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln usw. Die Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern kämpfen immer entschlossener gegen ihre Ruinierung durch die EWG-Politik. Bei Nordhorn-Range kämpfte die Bevölkerung gegen die unerträgliche Lärmbelästigung vom nahegelegenen Bombenabwurfplatz der NATO. Die empörten Massen wehrten sich mit Molotow-Cocktails gegen die angreifenden Polizeihorden, fällten Bäume, um Straßensperren zu errichten und verbrannten ein Militärfahrzeug.

Seit Anfang des heurigen Jahres reißen die spontanen, "wilden" Streiks, die heute im Ruhrgebiet ihr Zentrum haben, nicht mehr ab. Täglich sind es neue Betriebe, die erfaßt werden. Zehntausende streikten bei Opel/Bochum und Ford/Köln für eine Teuerungszulage. Die Gewerkschaftsbonzen, Kapitalisten und Kanzler Brandt reagierten mit äußerster Nervosität. Die Bourgeoisie zitterte vor einem "Flächenbrand", wie es die Hamburger "Welt" ausdrückte. Um den "Arbeitsfrieden" wiederherzustellen, entfaltete sie einen wilden Polizeiterror gegen die streikenden Arbeiter:

So versuchte ein Polizist bei der Pierburg AG/Neuss, einen Arbeiter zu verhaften, indem er ihm die entsicherte Pistole ansetzte. Arbeiterinnen, die sich dazwischen stellten, verhinderten die Festnahme.

Bei Ford/Köln wurden unter Knüppel-Einsatz der Polizei und mit Hilfe des "vorbildlichen Einsatzes von Betriebsratsmitgliedern" (so die Werksleitung) 26 Streikposten verhaftet. 60 streikende Arbeiter wurden verletzt. Vorläufig 35 Arbeiter, vorwiegend deutsche, will man wegen ihrer Teilnahme am Streikkampf entlassen.

In bekannter Goebbels-Manier eröffneten sogleich die Massenmedien eine üble rassistische Lügenkampagne mit dem Ziel, zwischen die ausländischen und deutschen Arbeiter einen Keil zu treiben. Typisch dafür waren Schlagzeilen wie "Türkenterror bei Ford!" und "Deutsche Arbeiter (!) kämpften ihre (!) Fabrik frei" ("Bild"-Zeitung vom 31. 8. 73).

Vor allem der Streikkampf bei Ford/Köln zeigte neuerlich, wie unerläßlich es ist, eine einheitliche Kampffront zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern herzustellen.

Gerade in den Kämpfen der Arbeiterklasse hat sich der sozialdemokratische Wohlstandsmythos zerschlagen. Die Arbeiter streikten gegen die sozialdemokratischen und revisionistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, die den "sozialen Frieden" im Lande um jeden Preis erhalten und an der Ausbeutung der anderen Völker mitschmarotzen wollen.

★

Welchen Stand haben die Klassenkämpfe in der BRD nun erreicht?

Natürlich wäre es lächerlich zu glauben, daß sich das Sturmzentrum der Weltrevolution heute aus den

Gebieten des afro-asiatischen und lateinamerikanischen Raumes in die BRD verschoben habe oder das demnächst tun werde. Die Marxisten-Leninisten müssen ihren Beitrag zur Revolution realistisch sehen und gegen alle Widerspiegelungen der Thesen der modernen Revisionisten in ihren Reihen kämpfen, die - im Grunde sozialchauvinistisch - behaupten, daß Westeuropa der entscheidende Faktor der Weltrevolution sei. Der dominierende Faktor der Verschärfung der allgemeinen Krise des Imperialismus ist nach wie vor der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen. Der bewaffnete Aufstand steht in der BRD heute weder auf der Tagesordnung, noch unmittelbar vor der Türe. Die marxistisch-leninistische Bewegung verfügt noch immer nicht über eine breite Massenbasis in der Arbeiterschaft, ist organisatorisch noch zersplittert und ungefestigt, ideologisch oft noch unklar und schwach. Eine revolutionäre Situation ist in der BRD noch nicht gegeben und wird auch nicht über Nacht entstehen. Die Marxisten-Leninisten müssen sich auf einen mühsamen, langwierigen Kampf einrichten.

Vergleichen wir unseren Kampf in Westdeutschland heute mit dem Kampf der italienischen, französischen, spanischen, englischen und belgischen Arbeiter , die ihren Heldenmut zu wiederholten Malen eindrucksvoll bewiesen haben (z. Bsp. der 1. Mai 1973 in Spanien, die Massenkämpfe gegen den Faschismus in Italien, usw.) und von denen Genosse Enver Hodscha sagt, daß sie "glänzende Schlachten" geliefert haben, so müssen wir bescheiden feststellen, daß der Kampf der Arbeiter der BRD vorläufig weder was die Zahl der Beteiligten, noch was seine Heftigkeit betrifft, den Stand jener Klassenkämpfe erreicht.

Sehen wir uns aber die Entwicklung innerhalb der westdeutschen Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg an, dann muß betont werden, daß es sich um einen großen Aufschwung der Klassenkämpfe handelt, der alles defaitistische Gerede derjenigen Lügen straft, die den Glauben an die Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse verloren haben.

Eine fundamentale Rolle spielt in diesen Kämpfen, wie Genosse Enver Hodscha auf dem 6. Parteitag der PdAA feststellte, die "zunehmende Loslösung (der Werktätigen) aus dem Einfluß des sozialdemokratischen und revisionistischen Opportunismus". (S.12)

Dies ist ein außerordentlich bedeutsamer Prozeß, der für die Arbeit der Marxisten-Leninisten besondere Möglichkeiten, aber auch große Verpflichtungen mit sich bringt und ihre Aufgabe noch gebieterischer macht, "das sozialistische Bewußt-

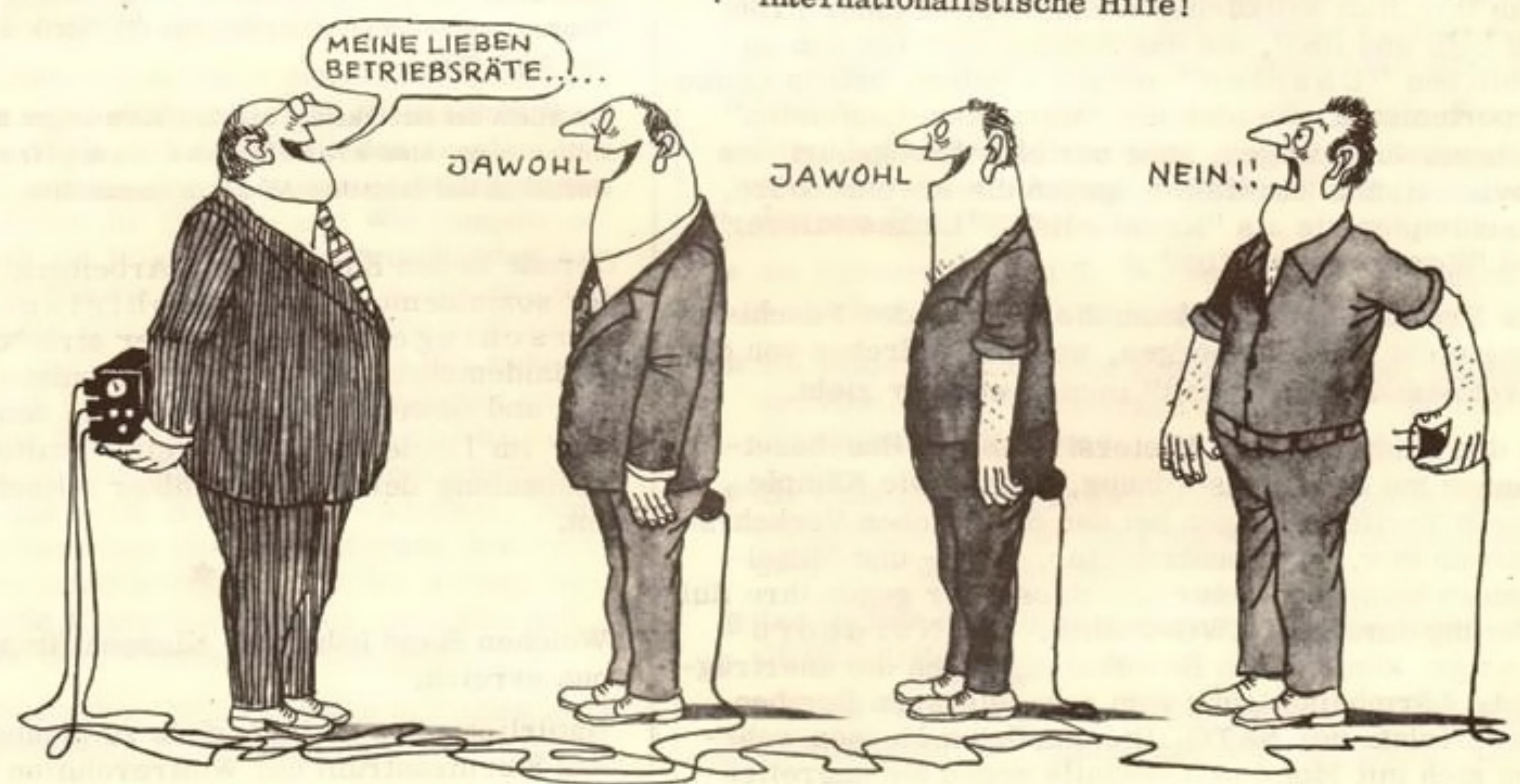
STARKE AUSWIRKUNGEN DER WESTDEUTSCHEN STREIKS AUF LOHNERHÖHUNGEN IN ÖSTERREICH

Wie sehr in der heutigen Zeit jeder Kampf, ja sogar jede einzelne Kampfaktion der Arbeiter eines Landes eine direkte Hilfe für die Arbeiter aller anderen Länder ist, beweist die in Österreich geführte Diskussion über die Auswirkungen insbesondere der Streiks bei Opel-Bochum und Ford-Köln auf unser Land. Das österreichische Magazin "Profil" berichtet dazu in seiner Ausgabe vom 28. September 1973:

"Der Syndikus der Bundessektion Industrie, Dr. Hubert Hofeneder, nennt ein Argument, das Österreichs prominentesten Metallarbeiter bei den Lohnverhandlungen (in der Metallindustrie, die mit 12,5 % Ist-Lohn-Erhöhung und 17,5 % Kollektivvertrags- Lohnerhöhung endeten, Anmkg. d. RF) unter Erfolgs- und Konzessionszwang setzen konnte: 'Auch ein Benya muß die Explosionen in der Bundesrepublik beobachten.' Eine schnelle und kräftige Lohnspritze sollte seine Metaller gegen den deutschen Wilde-Streik-Bazillus immun machen. Sepp Wille (der Zentralsekretär der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft, Anmkg. d. RF): 'Wir treten alle 12 bis 15 Monate mit Lohnforderungen an, dafür halten die Betriebsräte die Betriebe ruhig.' ...

Der Betriebsrat der Traiskirchner Semperitwerke, der sogar auf einer 20-prozentigen Ist-Lohn-Erhöhung beharrt, kündigt nun Aktionen an, die zeigen, daß Benyas deutsches Trauma berechtigt ist: am 3. Oktober soll die Belegschaft in geheimer Abstimmung über einen wilden Streik entscheiden."

Brüderlichen Dank, westdeutsche Kollegen, für diese internationalistische Hilfe!



sein von außen in die Arbeiterklasse hineinzutragen", den wissenschaftlichen Sozialismus mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden.

Die Massenbewegung stellt die Marxisten-Leninisten vor große Aufgaben, die sie - ohne alle Überheblichkeit und ohne sich oder anderen in die Tasche zu lügen - lösen müssen.

"Aber die ganze Frage ist hier, wie die 'Bestimmung der Aufgaben' durch diese Massenbewegung aufzufassen ist. Sie kann in zweifacher Weise aufgefaßt werden: entweder im Sinne der Anbetung der Spontaneität dieser Bewegung, das heißt der Reduzierung der Rolle der Sozialdemokratie* auf die einer einfachen Dienerin der Arbeiterbewegung als solcher ... oder aber in dem Sinne, daß die Massenbewegung uns vor neue theoretische, politische und organisatorische Aufgaben stellt, die viel komplizierter sind als diejenigen, mit denen man sich in der Periode vor der Entstehung der Massenbewegung begnügen konnte." (Lenin, Werke Bd.5, Seite 401)

Die besonderen Aufgaben der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ergeben sich aus den Schwächen ihrer Bewegung. Die Hauptschwäche faßt Genosse Enver Hodscha sehr treffend in die Worte:

"Während es aber eine mächtige Erhebung der Massen und der Völker zum Kampf und zur Revolution gibt, besteht die Schwäche der revolutionären Bewegung in vielen Ländern und Gebieten eben in dem Mangel einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, welche den Massen revolutionäre Perspektiven eröffnen und sie auf den richtigen Weg zur Erreichung ihrer Ziele orientieren." (Bericht am 6. Parteitag der PdAA, S.226)

"Aber wenn die politische Partei mit einem klaren Programm, mit einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik fehlt, dann bleibt der Kampf entweder auf halbem Wege stehen oder er scheitert." (Ebenda, Seite 241).

Trotz der beiden großen historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung, dem Hitlerfaschismus und dem Verrat durch die modernen Revisionisten in der DDR sowie der Entartung der KPD, werden die revolutionären Traditionen von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann das Siegesbanner der deutschen Arbeiterklasse sein.

* Lenin gebraucht den Begriff "Sozialdemokratie" hier im Sinne von "Vorhutsorganisation" des Proletariats, was im Jahre 1902, als Lenin "Was tun?" schrieb, natürlich korrekt war. (Anmkg. d. Red.)

Zehn Jahre Rote Fahne

Vor genau zehn Jahren, im Oktober 1963, erschien die erste Nummer der wiedererstandenen "Roten Fahne" und begann damit in Österreich der organisierte Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus.

Da wir die in diesem Jahrzehnt geleistete Arbeit nicht überschätzen und hochjubeln wollen und jede Selbstbeweihräucherung als Hindernis bei der Entfaltung der notwendigen Kritik und Selbstkritik betrachten, werden wir den Anlaß weder zur Herausgabe eigener "Festschriften" noch zur Veranstaltung besonderer Feiern und Festlichkeiten benützen. Aber doch sind 10 Jahre nicht nur im Leben der einzelnen Menschen, sondern auch im Leben einer politischen Bewegung bzw. einer politischen Zeitung ein großer und markanter Abschnitt, setzen sie einen Meilenstein, den man nicht passieren sollte, ohne Rückschau zu halten, die positiven und negativen Erfahrungen zu sichten und die ganze geleistete oder nicht geleistete Arbeit kritisch zu überdenken, um daraus für die Gegenwart und die Zukunft Nutzen zu ziehen.

Die vielen notwendigen Elemente einer solchen objektiven und kritischen Bilanz zu erarbeiten, kann natürlich nicht einfach Aufgabe des Redaktionskollektivs allein sein und schon garnicht ausschließliche Angelegenheit bloß jener, die "von Anfang an dabei" waren und alle Details kennen. Gerade diejenigen, die am tiefsten in der Arbeit stecken, nicht selten darinnen versinken, werden am ehesten "betriebsblind" und verlieren am leichtesten den Abstand, ohne den es schwer fällt, den Überblick zu behalten.

Die Redaktion der "Roten Fahne" appelliert daher an alle ihre Leser und Freunde: Macht Euch die Mühe, über Eure Zeitung und die mit ihr bisher geleistete Arbeit nicht nur nachzudenken, nicht nur selbst ein kritisches Urteil zu gewinnen, sondern uns das auch möglichst konkret und ausführlich sowie in proletarischer Offenheit zu schreiben!

Eure Meinungen und Kritiken, Vorschläge, Wünsche, Anregungen, Bemerkungen usw. werden eine außerordentliche Hilfe für unsere weitere Arbeit, werden das nützlichste Geburtstagsgeschenk sein, das Ihr der "Roten Fahne" geben könnt!

DIE REDAKTION

Der VATIKAN - ein Zentrum antialbanischer Diversion

In jüngster Zeit hat der Vatikan seine konterrevolutionäre Tätigkeit gegen das sozialistische Albanien beträchtlich intensiviert und eine wilde antialbanische Hetzkampagne gestartet, an der sich auch etliche Politiker und Zeitungen des "neutralen" Österreich, darunter auch die sattsam bekannte "Presse" des Herrn Molden, eingeschaltet haben. Es scheint uns daher zweckmäßig, eine authentische albanische Stellungnahme zur Frage der vatikanischen Umtriebe gegen Albanien zu veröffentlichen. Der Artikel stammt aus dem Organ des ZK der PdA Albaniens, "Zeri i Popullit", vom 14. April 1973, seine Übersetzung besorgte die Redaktion der "Roten Fahne". Für uns in Österreich ist die politische Tätigkeit der Kirche als Vertreterin der äußersten Reaktion nichts Neues - es genügt, den Namen des Prälaten Seipel zu nennen oder an die sehr weltliche politische Aktivität des Kardinals König zu erinnern. Am Beispiel Albaniens zeigt sich, daß die Rolle der katholischen Kirche und des Vatikans in aller Welt grundsätzlich die selbe ist: Hochburg und Zentrum der finstersten Reaktion.

Die fortschrittsfeindliche und verleumderische Kampagne, die der Vatikan gegen die VR Albanien und das albanische Volk gestartet hat, tönt weiterhin von allen Glockentürmen des "Heiligen Stuhles". Nicht nur Radio Vatikan speit weiterhin Gift und Galle, sondern auch allerlei Zeitungen und Presseorgane des päpstlichen Propagandaapparats blasen in das gleiche Horn.

Es ist nicht schwer, die Absichten dieses koordinierten Lärms zu durchschauen. Ausgehend von seinem pathologischen Antikommunismus und seinem Haß gegen den Sozialismus und erzürnt über die großartigen Erfolge des sozialistischen Albanien, möchte der Vatikan nun die albanische Wirklichkeit verdrehen, die sozialen und politischen Verhältnisse unserer Gesellschaft in einem düsteren und völlig falschen Licht darstellen, möchte er der Liebe, der Achtung und Sympathie der fortschrittlichen Welt für Albanien einen Schlag versetzen.

Durch ihre Kampagne möchten der Papst und sein Apparat zugleich die Wühlarbeit und Sabotage bemänteln, welche der Vatikan gegen Albanien ausgeübt hat und weiter ausübt, möchte er die Aufmerksamkeit von dieser Tätigkeit ablenken.

KIRCHE UND FASCHISMUS IN DER GESCHICHTE ALBANIENS

Die albanische Geschichte bis zur Befreiung des Landes war gekennzeichnet durch eine äußerst reaktionäre und volksfeindliche Tätigkeit der vom Vatikan gelenkten katholischen Kirche. Von dem Augenblick an, als die albanische Nation entstand und große Anstrengungen gemacht wurden, sie zu konsolidieren, das nationale Bewußtsein zu stärken und den ersten unabhängigen albanischen Staat zu gründen, versuchte der katholische Klerus, die Teilung des Landes in drei Regionen zu verewigen, um so den fremden Imperialisten die Möglichkeit zu geben, Land und Volk unter ihrem Joch zu halten. Diesen Absichten und dieser volksfeindlichen Tätigkeit setzte das albanische Volk den Kampf für die Vereinigung des Landes und für seine nationale Befreiung entgegen.

Bis 1939 war die katholische Kirche in Albanien auf den italienischen Faschismus ausgerichtet und bemüht, seine Aggression vorzubereiten. Katholische Pfarrer wir Gjergj Fishta, Dom Lazar Shantoja, Anton Harapi, Casper Thaci, Bernard Palaj, Pal Doda u.a. sorgten dafür - wie sie selbst es nannten - "Brücken zu bauen", um Albanien dem faschistischen Italien auszuliefern. In der geheimen Korrespondenz, die sie mit den Führern des Mussolini-Faschismus führten, erklärten sie offen, daß ein freies und unabhängiges Albanien in ihren Augen eine Absurdität sei. Darum verlangten sie, daß Albanien unverzüglich in den mussolinifaschistischen Einflußbereich einverleibt werde. Sie verlangten das angeblich im Interesse der in der Minderheit befindlichen albanischen Katholiken und zum Wohle des Landes.

Als im Jahre 1939 die Truppen Mussolinis Albanien überfielen, versuchte der katholische Klerus vor allem im Norden des Landes, wo er seine stärksten Positionen hatte, den nationalen Widerstand des Volkes mit allen Mitteln zu sabotieren. Die katholischen Kleriker empfingen die faschistischen Okkupationstruppen mit Enthusiasmus und priesen sie als die "Befreier" und "Erretter".

Von dem Augenblick an, als in Albanien der nationale Befreiungskampf unter der Führung der heutigen Partei der Arbeit begann und sich rasch verbreitete, entfaltete der katholische Klerus eine außerordentliche Aktivität in Richtung der Sammlung und Organisierung aller konterrevolutionären und antinationalen Kräfte. Er verstärkte noch seine enge Zusammenarbeit mit dem faschistischen Okkupationsregime und arbeitete Hand in Hand mit den Verräterorganisationen "Balli Kombetar" und "Legaliteti". Als dann aber die italienischen Faschisten kapitulieren mußten und das Land von der Hitler-Wehrmacht besetzt wurde, schlug sich der katholische Klerus sogleich auf die Seite der neuen Okkupanten, um sich später, als er sah, daß die hitlerdeutsche

Die Fakten, welche die feindliche Aktivität des Vatikans gegen die VR Albanien beweisen, sind zahlreich, doch werden wir uns hier darauf beschränken, nur einige davon aufzuzeigen.

Es ist schon sehr viel über die engen Verbindungen und die Kollaboration des Vatikans mit dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nazismus gesprochen und geschrieben worden. Das sind bereits der Geschichte angehörende Tatsachen, in sie eingegangen als beredtes Beispiel der reaktionären, volksfeindlichen und unmenschlichen Politik dieses Zentrums des schwarzen Obskurantismus.

Jedermann weiß auch, wie Pius XII und die Päpstliche Kurie Mussolini und Franco, Hitler und Salazar, die SS und ihre Quislinge gepriesen und verteidigt haben, wie sie die faschistischen Waffen gesegnet und für einen Sieg des Nazismus gebetet haben. Jedermann weiß, wie sich in den entscheidenden Momenten des 2. Weltkriegs, als es um das Leben und die Zukunft der Völker ging, der Vatikan auf die Seite der nazistischen "Ordnung" stellte, an die Seite jener, die Europa und die ganze Welt in die Sklaverei der preußischen Junker bringen wollten.

Als die Faschisten des "Duce" Albanien angriffen und in Jugoslawien einfielen, als die Hitleristen Paris besetzt hatten und London terrorisierten, als sie die Ukraine in Brand steckten und Polen verwüsteten, als sie Millionen von Juden vergasten und die Griechen verhungern ließen, zeigten der Vatikan und seine Prälaten nicht das geringste Zeichen von Sorge. Ihr faschistisches Gewissen blieb sogar völlig ruhig angesichts der scheußlichen Massaker der Faschisten an den Frauen, Greisen und Kindern von Oradour, Lidice, Borova, Rom usw.

Es wäre nicht notwendig, diese Tatsachen neuerlich in Erinnerung zu bringen, wenn sich der Vatikan von dieser seiner üblen Haltung in der Vergangenheit losgesagt hätte. Wir würden es ihm sogar als sein gutes Recht zugestehen, seine Sehnsucht nach der "schönen Zeit" des Faschismus zu pflegen und für die Seelen seiner faschistischen Freunde zu sorgen, welche der große antifaschistische Krieg in das Jenseits befördert hat. Die Sache sieht jedoch ganz anders aus, wenn der Heilige Stuhl auch jetzt noch versucht, die Überreste der faschistischen Vergangenheit

---

Herrschaft in Albanien infolge der tödlichen Schläge, die sie an allen Fronten erhielt, nicht von langer Dauer sein werde, den angloamerikanischen Imperialisten und ihren Agenten an den Hals zu werfen - in der Hoffnung, daß nun jene das reaktionäre Ausbeuter-Regime vor der großen Katastrophe retten würden, die ihm der nationale Befreiungskampf unter der Führung der Kommunistischen Partei (heute PdA) bereitete.

Die katholische Kirche zeigte einen unbändigen Haß gegen die im Entstehen begriffene Volksmacht und die kommende sozialistische Gesellschaftsordnung. In der Hoffnung, schon bald angloamerikanische Uniformen an der Küste des Landes zu sehen, verlor sie alle Besinnung und erklärte der Volksrepublik den Krieg. Sogar Kirchen und Altäre wurden in geheime Waffendepots umgewandelt. (Die albanische Nachrichten-Agentur ATASh veröffentlichte kürzlich eine Serie von Fotos, welche solche Waffenverstecke in der Kirche und im Altar des Franziskanerklosters von Shkodra zeigen).

Der Krieg endete jedoch nicht so, wie es der vatikanische Klerus erträumte, sondern wie das Volk es wünschte. Der katholischen Kirche und ihrem reaktionären Klerus gelang es ebensowenig wie den modernen Revisionisten, die Rolle des trojanischen Pferdes zu spielen und die Festung von innen her zu nehmen. In Albanien wurden die Reaktionäre aller Spielarten vernichtend geschlagen und sie werden weiter eine Niederlage nach der anderen erleiden, was immer sie auch inszenieren werden.



Der vatikanische Kleriker Anton HARAPI, einer der Führer der katholischen Kirche in Albanien und zugleich Mitglied der von den Hitlerfaschisten eingesetzten "Regentschaft", im herzlichen Gespräch mit Hitler-General FITZTUM, dem blutbesudelten Kommandanten der GESTAPO in Albanien.

zu sammeln, die alten faschistischen Verbrecher, Agenten und Spione aller Länder und Regimes, um sie wieder für seine politischen diversionistischen Pläne einzusetzen - eben gegen jene Länder und Völker, gegen die sich schon ihre früheren Verbrechen gerichtet hatten.

Getreu seinen alten Bindungen an die Hitler- und Mussolini-Faschisten und ihre Agenten ist der Vatikan heute aktiv am Werke, die geflüchteten albanischen Faschisten und Kriegsverbrecher unter seiner Soutane zu sammeln und aufzufüttern, ihre Seelen zu fangen und sie gegen das albanische Volk zu hetzen. Der Vatikan macht derzeit große Anstrengungen, um sich herum alle Gruppen der ihrer Strafe entgangenen faschistischen Verbrecher, der Ballisten, Zogisten, ehemaligen amerikanischen und englischen Agenten usw. zu vereinigen, wobei das ausschließliche Kriterium für ihre Auswahl die Feindschaft ist, die sie gegen das albanische Volk hegten und hegen sowie ihre Bereitschaft, den amerikanischen Bossen, denen sie sich verkauft haben, bis zum Ende zu dienen.

Unmittelbar ausgeführt wird diese Tätigkeit des Vatikans unter Leitung eines Mannes namens Dom Zef Oroshi, der seine "religiöse" Karriere als nach Albanien eingeschmuggelter Diversant begonnen hat. Dieser sogenannte Chef der "Albanischen Katholischen Mission" in den USA arbeitet unter dem Segen des Papstes engstens mit solchen Kriegsverbrechern zusammen wie dem ehemaligen Mitglied der "Balli Kombetar", Rexhep Krasniqi, und anderen und koordiniert mit ihnen seine feindliche Tätigkeit gegen Albanien.

Unter Mißbrauch religiöser Gefühle und seine satanischen Absichten sorgsam verbergend, versucht der Vatikan neuerdings, seine dunklen Netze über die albanischen Emigranten zu werfen, welche die Stürme der vergangenen Zeiten in der ganzen Welt versprengt haben. Das Ziel ist, unter der Maske religiöser Interessen und karitativer Fürsorge für die albanischen Emigranten, unter ihnen eine diversionistische und unterminierende Tätigkeit gegen die VR Albanien zu entfalten, die Liebe dieser Menschen zu ihrem Heimatland zu zerstören, ihre patriotische Tätigkeit und ihren Kampf gegen die Feinde Albaniens zu paralysieren. Zu diesem Zweck hat der Vatikan seine alten Agenten aktiviert, die Kenntnisse über den Balkan und speziell über Albanien haben. Dazu gehört unter anderen Kardinal Pigadelli, ein früherer Pfarrer der italienischen Okkupationsarmee in Albanien, der in den Propaganda-Stab für den Balkan versetzt wurde. In gleicher Weise versucht der Vatikan eifrig, in irgendeiner Ecke einen "geeigneten" Kleriker aufzustöbern, den er als seinen "Generalbevollmächtigten" für die "geistlichen und weltlichen" Angelegenheiten der in den westlichen Ländern lebenden Albaner einsetzen kann.

Sehr hochgestellte vatikanische Würdenträger wie Kardinal Villot, Staatssekretär des Hl. Stuhls für Äußeres, und Kardinal Antoniuti, der einmal in Albanien war und deshalb glaubt, dessen Angelegenheiten zu kennen, haben sich persönlich sehr engagiert, einen solchen "albanischen" apostolischen Bevollmächtigten auszuwählen und in seine Funktionen einzusetzen. Ihre Suche im Abfallhaufen der politischen Flüchtlinge, ehemaligen Faschisten und Kriegsverbrecher geht weiter, aber sie haben bis jetzt keine Figur gefunden, die nicht schon allzu kompromittiert wäre.

Auf die in Amerika lebenden Albaner hat der Vatikan schon seit langem seine Blicke geworfen und liebäugelt dort mit der Idee, die albanische orthodoxe Kirche in den USA in seine Fänge zu bekommen. Um in dieser Richtung zu sondieren und zu sehen, welche Aussichten dieser Plan in der albanischen Kolonie in Amerika hat, sandte der Vatikan spezielle Agenten dorthin. Aber die patriotischen Albaner in Amerika haben den Emissären des Papstes die kalte Schulter gezeigt und sie dorthin zurückgeschickt, woher sie gekommen waren.

Außer nach den alten Emigranten versucht "Seine Heiligkeit", der Papst, seine Hände auch nach jenen Albanern auszustrecken, die aus dem Gebiet von Kossovo (Jugoslawien) ausgewandert sind. Mit Hilfe von Propaganda und auf andere Art fördert der Vatikan ihre Absiedlung aus Kossovo und zieht sie auf den billigen Arbeitsmarkt der kapitalistischen Welt. Versteckt hinter einer angeblich karitativen Organisation hat ein Pfarrer mit dem Namen Gjeto Radi ein Auffanglager in Italien organisiert, von dem aus Kossovo-Auswanderer nach einiger Zeit in die USA, nach Australien, Kanada und anderswohin dirigiert werden. Der Vatikan strengt sich sehr an, unter den ins Ausland verschlagenen Menschen aus Kossovo eine antikommunistische und antialbanische Propaganda zu entfalten. Aber die Kossovo-Albaner, die nur ins Ausland gingen, um das tägliche Brot für sich und für ihre Familien

zu erwerben, werden sich nicht durch ein "Wohltätigkeitspaket" kaufen lassen, das ihnen der Vatikan schenkt und werden nicht in seine gefährlichen Fallen tappen.

Die diversionistische Tätigkeit des Vatikans gegen das sozialistische Albanien und seine feindliche Haltung gegenüber dem albanischen Volk ist sehr umfangreich und man könnte dazu noch sehr viel sagen. Der Vatikan sollte nicht vergessen, daß die Archive der Bischöfe von Shkodra, Durres, Lezha und Kalmeti in Händen der albanischen Volksmacht sind. Wir können also die Publikationen des Vatikans über die Haltung des Papstes und der führenden Prälaten der römischen Kirche während des 2.Weltkriegs wesentlich ergänzen. Wir besitzen auch zahlreiche Briefe aus jüngerer Zeit, die auf subversiven Wegen nach Albanien gesandt wurden und den Stempel des "Heiligen Stuhls" tragen. Ihre Veröffentlichung kann beweisen, daß die Angelegenheiten des Teufels, welchen der Vatikan des Nachts dient, wesentlich umfangreicher und tiefgreifender sind als die Angelegenheiten des lieben Gottes, auf die er bei Tageslicht schwört. Sie beweisen, wie der Vatikan mit allen Mitteln versucht, unsere Volksrepublik zu sabotieren, zu unterminieren und zu zerschlagen, unser Land in die alten Zeiten der Herrschaft der Großgrundbesitzer, der Bejs und Bajraktaren, der Pfaffen und Vorbeter zurückzuwerfen. Doch welche Anstrengungen der Vatikan und die anderen Feinde des albanischen Volkes auch unternehmen mögen - sie werden niemals imstande sein, Albanien von seinem sozialistischen Weg abzubringen.

Das neue Albanien, vom Volk mit seinem Blut und seinem Schweiß errichtet, wird sie stets auf den ihnen zukommenden Platz verweisen und wird jede Hand abhacken, die es wagen wird, sich gegen Albanien zu erheben.

Der Weg zu Frieden und Sicherheit in Europa

DENKSCHRIFT der Regierung der Volksrepublik Albanien an die Regierung der Republik Finnland

Die Regierung der Volksrepublik Albanien ist über das Memorandum der Regierung der Republik Finnland vom 15. Juni 1973 informiert worden. Aus diesem Anlaß wünscht sie nochmals ihren Standpunkt bezüglich des Problems der europäischen Sicherheit und der Einberufung einer "Allgemeinen Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" darzulegen:

Die Volksrepublik Albanien als europäischer sozialistischer Staat trat und tritt für wirklichen Frieden und für wirkliche Sicherheit in Europa ein. In konsequenter Befolgung ihrer prinzipienfesten und freiheitsliebenden Außenpolitik hat sie stets ihren bescheidenen Beitrag zur Erreichung dieses hohen Zieles geleistet. Dem albanischen Volk, das in der Vergangenheit unter der räuberischen Politik der imperialistischen Mächte außerordentlich gelitten hat, das zur Erlangung und Verteidigung seiner nationalen Freiheit und Unabhängigkeit zahlreiche Opfer gebracht hat und das heute alle seine Energien für die Arbeit zur Entwicklung und für den Fortschritt seines Landes aufwendet, ist die Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa sehr teuer. So wie es mit den anderen Völkern Seite an Seite gegen den Nazifaschismus gekämpft hat, ist das albanische Volk heute entschlossen und bereit, seine Anstrengungen mit denen der freiheitsliebenden Völker Europas zu vereinigen, um einen dauerhaften Frieden und eine fruchtbare Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent zu erreichen.

Die europäischen Völker wollen frei und unabhängig leben, in Harmonie und Freundschaft untereinander. Mit vollem Recht hoffen und wünschen sie, daß Europa, in dem die imperialistischen aggressiven Mächte innerhalb dreier Jahrzehnte zwei Weltkriege angezettelt haben, frei sein soll von Spannungsherden und bewaffneten Konflikten, daß es gesichert sein und Stabilität haben soll.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien versteht und würdigt voll und ganz die aufrichtigen Bemühungen vieler europäischer Länder, Europa zu einer Region des Friedens und der Ruhe zu machen. Sie ist der Ansicht, daß die effektive, reale Lösung einer solchen Frage von lebenswichtiger Bedeutung wie es das Problem der europäischen Sicherheit ist, noch notwendiger geworden ist, da in Europa im Ergebnis der hegemonistischen und aggressiven Politik der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, eine komplizierte Lage entstanden ist.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat bei vielen Gelegenheiten und besonders in ihrer Denkschrift vom 18. November 1972 * ihre Ansichten über die europäische Sicherheit und über eine beabsichtigte Konferenz klargemacht, wobei sie unterstrich, daß die beabsichtigte Konferenz keineswegs der wirklichen Lösung dieses Problems dienen kann.

Die Urheber und Organisatoren dieser Konferenz sind der US-

* Siehe "ROTE FAHNE" Nr. 137 vom Dezember 1972, Seite 17 ff.

Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus - eben jene Mächte, welche die aggressiven Blocks der NATO und des Warschauer Pakts aufrechterhalten, zahlreiche Militärbasen errichtet haben und unaufhörlich ihr Kriegspotential und die Zahl ihrer Truppen auf dem Territorium vieler europäischer Länder erhöhen; eben jene, die sich brutal in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder einmischten und schwere Verstöße gegen ihre Unabhängigkeit und Souveränität bis zur bewaffneten Aggression auf dem Gewissen haben; eben jene, welche immer die Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit Europas bilden.

Hinter dem Plan der intereuropäischen Konferenz und den verschiedenen Schlagworten über die sogenannte Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit verstecken sich die Ziele der beiden Supermächte, die europäischen Völker und Länder

****

Der Übertitel und die Hervorhebungen des hier abgedruckten Dokuments stammen von der Redaktion der "Roten Fahne", die auch die Übersetzung gemäß der englischsprachigen Aussendung der offiziellen albanischen Nachrichtenagentur ATASh besorgte.

****

in ihre Abhängigkeit und unter ihre Herrschaft zu bringen, hier den Statusquo und ihre Einflußsphären aufrechtzuerhalten. Deshalb hat sich die Volksrepublik Albanien gegen eine solche "Sicherheit" gewandt und hat auch an den multilateralen Konsultationen in Helsinki zur Vorbereitung einer intereuropäischen Konferenz nicht teilgenommen.

Der Verlauf der Ereignisse zeigt, daß tatsächlich kein konkreter Schritt zur Schaffung von Bedingungen für die Erreichung einer wirklichen Sicherheit in Europa gemacht wurde, sondern im Gegenteil, daß die Lage weiter kompliziert, voller Spannungen und Widersprüche blieb. Die Konsultationen von Helsinki führten - wie zu erwarten war - zu keinem Ausweg aus dieser Situation und entsprechen nicht den Hoffnungen der Völker Europas. Sie haben viele Länder enttäuscht, die von ihren guten Wünschen ausgehend gehofft hatten, diese Konsultationen könnten den Bemühungen, einen Weg zur Verwirklichung der europäischen Sicherheit zu finden, eine positive Richtung geben. Das geht auch aus der Tatsache hervor, daß viele Teilnehmer an den Konsultationen von Helsinki nun ihre Vorbehalte äußern sowohl gegenüber der Art und Weise dieser Gespräche als auch gegenüber den dort gefaßten Beschlüssen.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien ist der Ansicht, daß die intereuropäische Konferenz infolge der aktuellen Bedingungen, unter denen sie abgehalten wird, infolge der Art und Weise, in der sie vorbereitet wurde und insbesondere infolge ihrer Manipulation durch die beiden Supermächte, nicht wirklich zur Erreichung der europäischen Sicherheit beitragen und keinerlei echte Garantien schaffen kann, die europäischen Völker und Länder vor der Drohung des Krieges und der Aggression zu schützen und ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu verteidigen.

Tatsächlich - diese Konferenz kann nichts anderes als die Unsicherheit in Europa noch weiter erhöhen!

Die Volksrepublik Albanien betrachtet die Versuche der beiden Supermächte, den Appell dieser Konferenz als den Beginn einer neuen Epoche für die europäischen Völker und Länder, einer Epoche des Friedens, der Ruhe und des guten Einvernehmens, hinzustellen, als sehr gefährlich. Es ist unrealistisch zu glauben, daß dem wirklichen Frieden und der Sicherheit in Europa schon mit der Billigung eines oder mehrerer Dokumente und durch die Proklamation einiger bekannter Prinzipien, wie über die "Souveränität" und "Gleichberechtigung" der Staaten, über "Gewaltverzicht" usw., gedient werden kann. Keinerlei formale Verpflichtung der beiden Supermächte, diese Prinzipien zu respektieren, kann für die Unabhängigkeit und Souveränität der europäischen Länder eine Garantie bieten, denn es ist gut bekannt, daß die Supermächte diese Prinzipien skrupellos verletzten und verletzen, wenn ihre hegemonistischen Interessen das erfordern.

Die Hoffnungen, daß die in Helsinki einberufene Konferenz konkrete Maßnahmen treffen könnte, um die europäische Sicherheit zu gewährleisten, sind ungerechtfertigt - umsomehr, als schon vor dem Beginn dieser Konferenz alle Möglichkeiten zur Erörterung jener grundlegenden Fragen beseitigt wurden, ohne deren Lösung es in Europa keinen wirklichen Frieden und keine echte Sicherheit geben kann.

Von dieser Konferenz kann man keinerlei positives, dem Willen der Völker entsprechendes Ergebnis erwarten, solange sie sich nicht das Ziel stellt, zuerst und vor allem das Schlüsselproblem zu lösen, VON WO HER DIE GEFAHR FÜR EUROPA KOMMT, WER die europäischen Völker und Länder wirklich bedroht und GEGEN WEN sie sich also zu verteidigen haben.

Zahlreiche Tatsachen bezeugen die Richtigkeit der Auffassungen der Regierung der Volksrepublik Albanien, die schon seit langem warnend darauf aufmerksam machte, daß die Sowjetunion und die USA die Frage der europäischen Sicherheit in eine Richtung lenken wollen, welche für die Interessen des Friedens und der Völker gefährlich ist und daß die "Allgemeine Europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit", als Produkt der sowjetisch-amerikanischen Kollaboration, nur diesen beiden Supermächten nützen kann, daß sie weder der Kontrolle und Manipulation der beiden Supermächte entgehen wird, noch aus dem Rahmen der Verhandlungen zwischen den aggressiven Blocks heraustreten kann, welchen diese Supermächte vorstehen.

Es ist vollkommen klar, daß die Konsultationen in Helsinki unter dem Gewicht des Drucks und des Diktates der USA und der Sowjetunion geführt wurden, was sich sowohl bei der Annahme der Prozedur für ihre Abhaltung, als auch bei der Erstellung der Tagesordnung und bei der Festsetzung des Zeitpunkts für den Beginn der intereuropäischen Konferenz zeigte.

Die Erfahrung der multilateralen Konsultationen in Helsinki bestärkt uns in unserer Überzeugung, daß es keinen Grund für die Hoffnung gibt, die beiden Supermächte könnten durch eine von ihnen selber organisierte und kontrollierte Konferenz gezwungen werden, die Rechte und Interessen der europäischen Län-

der zu achten und die bekannten internationalen Normen zu respektieren.

Wenn die USA und die Sowjetunion auch versuchten, einen gewissen "demokratischen" Schein zu wahren, traten sie in Wirklichkeit das Prinzip der Gleichberechtigung und der freien Willensäußerung der teilnehmenden Länder mit Füßen. Sie berücksichtigten nicht die Meinungen und Stellungnahmen vieler dieser Länder, sondern versuchten durch Druck, Erpressung und Versprechungen etliche Delegationen zu zwingen, überhaupt zu schweigen oder jedenfalls auf jeden Standpunkt zu verzichten, welcher nicht der Richtung und dem Charakter entsprach, welche die Supermächte der bevorstehenden Konferenz geben wollen.

Es kann kein Zweifel sein, daß die USA und die Sowjetunion solche Methoden in noch verstärktem Umfang auch während der Arbeiten der Konferenz selbst anwenden werden. Da sie alle ihre Fäden in der Hand haben, werden sie niemals zulassen, daß die Konferenz Beschlüsse faßt, die in Widerspruch zu ihren eigenen Interessen und Zielen stehen. Sie werden die teilnehmenden Länder an die Kandare nehmen, wenn diese auf den Verlauf der Konferenz Einfluß nehmen wollen und werden damit viele von ihnen neuerlich enttäuschen.

Um sich vom heuchlerischen Charakter der Erklärungen und Behauptungen der beiden Supermächte zu überzeugen, sie hätten kein anderes Ziel als den Frieden und die Sicherheit Europas, braucht man bloß an die Tatsache zu erinnern, daß sie ausgerechnet am Vorabend dieser Konferenz - bei gleichzeitigem Lärm über eine sogenannte "Entspannung" in Europa - ihren politischen, militärischen, ökonomischen Druck gegen die europäischen Länder vergrößern und Maßnahmen treffen, um ihre militärischen Allianzen zu stärken und ihre Positionen in der jeweiligen Einflußsphäre zu festigen. Während der sowjetische Sozialimperialismus seine aggressive Theorie der "begrenzten Souveränität" beharrlich anwendet, versucht der US-Imperialismus durch den Plan einer "neuen Atlantik-Charta" den Widerstand vieler westeuropäischer Länder gegen die US-Politik zu schwächen und die eigene Kontrolle in diesem Raum zu verstärken.

Schon seit langem hat sich in der Praxis der beiden Supermächte die Tendenz herausgebildet, den souveränen Ländern nicht zu gestatten, auf der Basis der Gleichberechtigung frei und wirkungsvoll ihren Beitrag zur Regelung der wichtigen internationalen Probleme zu leisten, sondern diese Probleme zu ihrem Monopol zu machen und sie untereinander zu regeln - im eigenen egoistischen Interesse, hinter dem Rücken und auf Kosten der anderen Länder, ja sogar zum Schaden ihrer eigenen Verbündeten. Das beweisen die SALT-Gespräche, die sowjetisch-amerikanische Geheimdiplomatie und Kollaboration in der UNO und in anderen internationalen Gremien, die Organisierung der Konferenz in Wien über sogenannten beiderseitigen "Truppenabbau in Mitteleuropa" durch die USA und die Sowjetunion parallel zu den Konsultationen in Helsinki, sowie ihre ständigen bilateralen Kontakte über verschiedene Kanäle.



Die kürzlich abgeschlossenen Gespräche zwischen Nixon und Breshnew sind eine vollinhaltliche Bestätigung der Bemühungen der beiden Supermächte, sich die Rolle der Weltschiedsrichter und Weltbeherrscher anzumaßen. Bei diesen Besprechungen wurden Abkommen geschlossen und Komplotte geschmiedet, welche die Lebensinteressen der souveränen Völker und Länder verletzen und durch welche sich die beiden Supermächte neuerlich gegenseitige Versicherungen geben, die beiderseitigen Einflußsphären zu respektieren, um Zusammenstöße zu vermeiden und an einigen neuralgischen Punkten eine relative Ruhe herzustellen in der Absicht, sich auf die Verstärkung ihrer Expansion in anderen Teilen der Erde zu konzentrieren, neue strategische Positionen zu besetzen und sich neue Märkte und Rohstoffquellen zu sichern.

Die Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen stellen einen weiteren Anschlag gegen die gerechte Lösung des Problems der europäischen Sicherheit dar. Die intereuropäische Konferenz, die unmittelbar nach diesen Treffen stattfinden soll, steht damit vor vollendeten Tatsachen. Sie soll einfach die in Washington, Camp David und San Clemente gefaßten Beschlüsse über europäische Fragen sanktionieren und legalisieren. Die beiden Supermächte haben untereinander ausgehandelt, in welcher Weise die Konferenz abgehalten werden soll und wie sie sie mißbrauchen werden, um die europäischen Völker irrezuführen und den falschen Eindruck zu erwecken, daß irgendetwas für die Sicherung des Friedens in Europa getan worden sei.

Es liegt nahe, die Frage zu erheben: Wie wird es in Europa nach Abschluß der "Allgemeinen Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" sein und wie werden sich die Beschlüsse dieser Konferenz bzw. die möglicherweise von ihr geschaffenen Gremien für Europa auswirken? Welche Garantie werden die europäischen Völker haben, in Zukunft nicht wieder Opfer einer Aggression zu werden, wie etwa das tschechoslowakische Volk im August 1968 ?

Europa kann keine Sicherheit haben, solange die aggressiven Blöcke der NATO und des Warschauer Paktes unangetastet bleiben, solange sie ihre militärischen Basen aufrechterhalten und solange der Anwesenheit fremder bewaffneter Kräfte auf den Territorien etlicher europäischer Länder kein Ende gesetzt ist; solange die BRD mit ihren revanchistischen Tendenzen direkt ermuntert wird, in den europäischen Fragen eine immer größere Rolle insbesondere zum Schaden ihrer Nachbarn zu spielen und solange sich in den Zielen und in der hegemonistischen Politik der beiden Supermächte nichts geändert hat.

Frieden und Stabilität in Europa können auch nicht gewährleistet werden, solange die beiden Supermächte ihre aggressiven Kriegsflotten und Marinestützpunkte im Mittelmeer haben und solange im Nahen und Mittleren Osten und in anderen Gebieten der Welt eine Situation voller Spannungen und Unruhe besteht.

Dauerhafter Frieden und wirkliche Sicherheit in Europa können einzig und allein durch den entschlossenen Kampf der europäischen Völker und Länder, zuerst und vor allem gegen die hegemonistische Politik der beiden Supermächte, erreicht werden.

Die friedliebenden europäischen Völker und Länder sind imstande, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Sie dürfen nicht zulassen, daß die Supermächte mit ihren Gefühlen und Hoffnungen Schindluder treiben, sondern sie müssen ihre hohen nationalen Interessen entschieden verteidigen und ihre Souveränität und Unabhängigkeit ununterbrochen festigen.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien bekräftigt neuerlich ihren bekannten und unveränderten Standpunkt in der Frage der europäischen Sicherheit. Sie erklärt sich gegen die Abhaltung der "Allgemeinen Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit" und stellt fest, daß sie daran nicht teilnehmen wird.

Zusammen mit den anderen europäischen Völkern, denen Freiheit und Unabhängigkeit wirklich teuer sind, wird die Volksrepublik Albanien nach wie vor unermüdlich dafür arbeiten, ihren Beitrag zur Erreichung echten Friedens und wahrer Sicherheit in Europa zu leisten.

Tirana, am 29. Juni 1973

Beginnend mit Nummer 1(8) erscheint die politisch-informative Zweimonatszeitschrift aus dem sozialistischen Albanien

ALBANIEN HEUTE

die schon seit ihren ersten Ausgaben in englischer, französischer und spanischer Sprache größtes Interesse und ein begeistertes Leserpublikum buchstäblich in aller Welt gefunden hat, auch

IN DEUTSCHER SPRACHE.

Die jeweils 60 bis 72 Seiten umfassende Zeitschrift, deren hervorragende politische und ideologische Beiträge und Studien aus der Feder führender Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus stammen und sowohl die grundsätzlichen Fragen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in Albanien behandeln als auch die Probleme des internationalen Klassenkampfes sowie des aktuellen Weltgeschehens überhaupt, ist schlechthin unentbehrlich für jeden revolutionären Aktivisten, für jeden Menschen, dem revolutionäre Theorie und Praxis, die schöpferische Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus auf die Grundfragen unserer Zeit auf dem Herzen liegen.



Nach der Nummer 1(8) sind inzwischen auch bereits erste Lieferungen der Nr. 2(9) in deutscher Sprache eingelangt. Da die zur Verfügung stehende Auflage aber dem zu erwartenden Interesse kaum entsprechen wird, empfiehlt sich rasche Bestellung!

Erfreulich ist, daß die Administration von "Albanien heute" den Wünschen entsprochen hat, den relativ hohen ursprünglichen Bezugspreis so zu senken, daß wir die Zeitschrift nun zum Einzelpreis von S 8,- (plus eventuelles Porto) bzw. von S 55,- für das 6 bis 7 Nummern umfassende Jahresabonnement anbieten können.

Für Bezieher der "Roten Fahne" außerhalb Österreichs beträgt der Abonnementspreis von "Albanien heute" DM 10,- bzw. Sfr 12,- oder 4,- US-Dollar.

Bei Überweisung von S 10,- (Inland) bzw. von DM 1,50 (Ausland), eventuell auch in Form Internationaler Postantwortscheine, senden wir gerne eine Probe-Nummer zu. Kostenlose Probenummern können vorläufig leider nicht versandt werden.

Rote Fahne ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5. Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion (Adresse wie oben, Tel. 92 33 88). Jahresabonnement (12 Nummern) S 35,-, Halbjahresabonnement (6 Nummern) S 20,-, Auslandsabonnement ö.S. 70,- oder DM 10,-, Verteiler-Rabatte lt. Anfrage. Postscheckkonto 173.848



